



Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

THEMA JUGEND

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSCHUTZ UND ERZIEHUNG

RECHTSPOPULISMUS



**Antisemitismus
(Prävention)**

**Rassismus
(Kritik)**

**Demokratie
(Bildung)**



INHALT

■ ■ ■ ■ ■ **THEMA**

Informieren – Sensibilisieren – Stark machen

Bildungs- und Präventionsarbeit gegen Antisemitismus
Patrick Fels / Dr. Stefan E. Hößl 3

Rassismus (be)trifft uns ALLE

Rassismuskritische Perspektiven in der Bildungsarbeit
Karima Benbrahim 6

Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen

Fortbildungskonzept VIR für Fachkräfte
*Kath. LAG und Kooperationspartner*innen* 9

Demokratie ist keine wertfreie Veranstaltung

Weimarer Erklärung für demokratische Bildungsarbeit
Lea Kohlmeyer 11

Rassismus und rassistische Diskriminierung

Auswirkung auf Kinder und Jugendliche und die
Notwendigkeit von Empowerment und Powersharing
Gülün Teyhani / Christina Roth / Lisa-Marie Rütger 12

Rassismus und Antisemitismus

Die Arbeit der Servicestelle SABRA
Sophie Brüss / Sebastian Mohr 16

■ ■ ■ ■ ■ **MATERIAL ZUM THEMA**

■ ■ ■ ■ ■ **KOMMENTAR**

Verantwortung verpflichtet!

Markus Lahrman 22

■ ■ ■ ■ ■ **BÜCHER & ARBEITSHILFEN**

Fachstelle LAG Jungenarbeit NRW:
Fokus: Fluchtspezifische Sexualpädagogik 23

■ ■ ■ ■ ■ **INFORMATIONEN**

Amadeu Antonio Stiftung:
Gegen Hasskommunikation online: Projekt de:hate 24

VORWORT



Liebe Leserinnen und Leser,

das gesellschaftliche Leben, Lernen und Arbeiten sind seit Wochen durch das Coronavirus geprägt. Dabei wird das Verhältnis vom Einzelmenschen zur Gesellschaft fundamental in Frage gestellt. Wir alle sind in unserer gewohnten Freiheit eingeschränkt. Aus Kinder- und Jugendschutzsicht bedeuten die geltenden Kontaktsperren eine Herausforderung, da für viele Familien die verlässliche Alltagsstruktur wegbricht und niemand weiß, wie sich diese Situation auf Kinder und andere Schutzbedürftige auswirkt. Auch die Arbeit der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft stellt sich in diesen Zeiten anders dar. Umso mehr freuen wir uns, Ihnen die aktuelle Ausgabe der **THEMA JUGEND**, die noch vor „Corona“ konzipiert wurde, vorstellen zu dürfen.

Die Betrachtungen gelten dem Rechtspopulismus und extremer Ideologien sowie Tendenzen und Mechanismen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Thematisiert werden dabei Antisemitismus und Rassismus, Rechtsextremismus und Hasskommunikation: Institutionen, Projekte und Fortbildungskonzepte für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden dabei ebenso vorgestellt wie Beratungs- und Bildungsarbeit in der Praxis. Politischer Bildung im schulischen wie außerschulischen Bereich kommt eine besondere Rolle zu, wenn Heranwachsende gestärkt werden sollen in einer kompetenten Beurteilung von politischer Ansprache und gegenüber Haltungen, die autoritäre Vorstellungen vertreten und die Ungleichwertigkeit von Menschen behaupten. Nicht „neutral“ zu sein, sondern die Achtung der Menschenrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit als demokratische Grundlagen zu berücksichtigen, ist Aufgabe von Bildung(sarbeit) in der Demokratie.

Im Kommentar dieser Ausgabe bezieht unser stellvertretender Vorsitzender Markus Lahrman Stellung zum neuen Jugendmedienschutzgesetz. Die O-Töne von Jugendlichen stammen aus einer Dokumentarfilmreihe des Medienprojekts Wuppertal und aus einer Studie der Fachhochschule Frankfurt zu Antisemitismus an Schulen.

Einstweilen verabschiede ich mich von Ihnen in eine Elternzeit. Ab der nächsten Ausgabe begrüßt Sie an dieser Stelle meine Kollegin Gundis Jansen-Garz, die die Redaktion der **THEMA JUGEND** und den Arbeitsbereich Publikationen übernimmt.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen mit herzlichen Grüßen aus der Redaktion

Lea Kohlmeyer
Dr. Lea Kohlmeyer

Patrick Fels / Dr. Stefan E. Hößl

INFORMIEREN – SENSIBILISIEREN – STARK MACHEN

Bildungs- und Präventionsarbeit gegen Antisemitismus

Die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum ist eine Einrichtung der Stadt Köln mit dem Ziel, das Bewusstsein für Menschenrechte, Demokratie, kulturelle Vielfalt und Gewaltfreiheit zu fördern sowie rechtsextremen Denk- und Handlungsmustern vorzubeugen und entgegenzutreten. Dazu gehört das Eintreten für die Rechte eines jeden einzelnen Menschen, unabhängig von Herkunft, Sprache oder Religion. Die „Fachstelle [m²] miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus“ ist Teil der ibs und verfolgt im Themenschwerpunkt ‚Antisemitismus‘ das Ziel, mit ihren Bildungsangeboten möglichst viele Menschen in Köln zu erreichen.

▶ In ihrer Schulzeit ist Emily anfänglich sehr offen mit ihrem Jüdisch-Sein umgegangen. „Hätte ich gewusst, wie sehr das ein Thema wird, wäre ich vorsichtiger gewesen“, sagt die heute 20-Jährige im Interview¹ dazu. Denn die Reaktionen ihrer Mitschüler*innen darauf waren heftig: Emily wurde als Fremde, als Andere, als DIE JÜDIN wahrgenommen, ausgegrenzt und mit Hitler- und Holocaust-„Witzen“ bedacht. So wurde beispielsweise auf das Wort „vergessen“ Bezug genommen, wenn gesagt wurde: „Emily vergaas ... das Essen zu kaufen“, wobei alle anfangen, zu lachen. Niemand, so Emily, habe daran gedacht, „was das mit mir macht, was das bei mir auslöst.“ Aber die Situation wurde noch dramatischer für sie. Sie wurde gemobbt und auch körperlich angegriffen. Von Lehrkräften, an die sie sich in einer Extremsituation wandte, erfuhr sie keine Unterstützung, was sie mit den Worten kommentiert: „Ich habe mich so klein gefühlt, mir hat keiner zugehört“.

Antisemitismus? ... schon wieder?

Nein, immer noch! Trotz all der Bemühungen der letzten Jahrzehnte, Antisemitismus zurückzudrängen, ist er auch in der Gegenwart ein virulentes antidemokratisches Phänomen – und dies nicht etwa nur in bestimmten Teilbereichen der Gesellschaft. Antisemitische Vorstellungen finden sich in allen Schichten der deutschen Bevölkerung. Insbesondere durch die Möglichkeiten, die das Internet bietet, finden sie zunehmend Verbreitung (vgl. Schwarz-Friesel 2019). Dabei ist es vor allem der israelbezogene Antisemitismus, der aktuell die dominante Erscheinungsform des Antisemitismus darstellt. Oft wird er nicht als Antisemitismus erkannt und deshalb weniger stark problematisiert als andere Erscheinungsformen, da altbekannte antisemitische Stereotype nicht auf „Jüdinnen und Juden“ bezogen werden, sondern auf „Israel“. Dass aber auch diese Form des Antisemitismus wie jede andere eine latente Belastung und auch konkrete Gefahr für Jüdinnen und Juden in Deutschland darstellt, machen Anschläge wie der auf die Wuppertaler Synagoge im Jahr 2014 besonders deutlich, den die Täter damit begründeten, dass sie mit ihm die

Aufmerksamkeit auf den Gaza-Konflikt lenken wollten (vgl. Spiegel 2016). Eine ablehnend-feindliche Haltung und eine in-eins-Setzung von „(deutschen) Jüdinnen und Juden“ und „Israel/-is“, wie sie sich in der Motivation zu diesem Anschlag widerspiegelt, findet sich laut der Studie „Verlorene Mitte“ bei mehr als jeder vierten befragten Person in Deutschland (vgl. Zick et al. 2019, 70 f.). Diese sind der Meinung, dass sie „bei der Politik, die Israel macht, gut verstehen können, dass man etwas gegen Juden hat“. Einer von fünf Befragten stimmte in der Studie daneben der antisemitischen Aussage zu, dass „viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus heute ihren Vorteil zu ziehen“.

Wie allein das Beispiel des Anschlags und die Ausführungen zu Emily deutlich machen, bedroht Antisemitismus die Lebensperspektiven von Jüdinnen und Juden sehr real. Er ist als Angriff auf ihre Menschenwürde sowie die demokratische Kultur mit ihrem Ideal eines respektvollen zwischenmenschlichen Miteinanders zu bewerten – und Antisemitismus macht weder vor der Schule (dem Klassen- und dem Lehrer*innenzimmer), noch vor der offenen Kinder- und Jugendarbeit Halt. Er zeigt sich mitunter in Form von Bildern in WhatsApp-Gruppen, in Ausgrenzung und Abwertung, in Form von Sprüchen und Beleidigungen bis hin zu gezieltem Mobbing – wie bei Emily. Aufgrund der Komplexität der mit Antisemitismus verbundenen Themen fühlen sich viele pädagogisch Tätige unsicher in der Einordnung, Bewertung und im Umgang mit Antisemitismus, manchmal auch hilflos. Etliche jüdische Kinder und Jugendliche berichten davon, dass sie sich mit ihren Antisemitismuserfahrungen alleingelassen fühlen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage:

Was tun?

Als sicher gilt eines: Nichts zu tun, ist keine Lösung. Antisemitismus verschwindet nicht einfach, wenn er ignoriert wird. Zwar sind nicht nur Pädagog*innen, sondern unterschiedliche Akteur*innen in Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und auch Sicherheitsbehörden gefordert, wenn es darum geht, Antisemi-

tismus etwas entgegenzusetzen. Doch kommt insbesondere der Bildungsarbeit hier eine wichtige, präventive Rolle zu.

Allgemein betrachtet bietet demokratische politische Bildung mit ihrem Ziel der „Mündigkeit“ viele Potentiale, gegen Antisemitismus zu wirken. „Mündigkeit umfasst auch die Kompetenz, als freies und gleichberechtigtes Selbst unter freien und gleichberechtigten Anderen zu leben“ (Biskamp/Höfl 2020) – sie steht damit dem Antisemitismus mit seinem repressiv-antidemokratischen Charakter antagonistisch gegenüber.

Spezifische, weniger allgemeine Strategien der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus können daneben sehr unterschiedlich ausgestaltet sein. Monique Eckmann (2013) unterscheidet in idealtypischer Weise vier Ansätze. Sie benennt Bildungsstrategien, die

- a) auf das Erkennen, Infragestellen und eine wissensbezogene Dekonstruktion antisemitischer Vorstellungen abzielen und in deren Rahmen Kompetenzen wie Medienkritik vermittelt sowie über die Funktionsweisen von Antisemitismus aufgeklärt wird.
- b) „Antisemitismus als Erfahrung im sozialen Nahraum im Kontext zunehmender Ethnisierung von sozialen Konflikten“ (ebd., S. 58) thematisieren und Teilnehmende an Bildungsangeboten darin bestärken, Diskriminierungen entgegenzuwirken und solidarisch zu handeln.
- c) sich an der Kontakthypothese orientieren und die auf einen Abbau von Vorbehalten über Begegnungen mit Jüdinnen und Juden im Dialog hinwirken sollen.
- d) auf eine Spurensuche zum Beispiel nach jüdischem Leben im Dorf oder im Stadtteil ausgerichtet sind und in denen sich die Teilnehmenden mit spezifischen Geschichten und Erinnerungen auseinandersetzen.

Idealtypisch ist diese Unterteilung, weil mehr Bildungsstrategien als die angeführten existieren und weil diese auch in kombinierter oder modifizierter Weise genutzt werden können. Alle genannten Ansätze bieten spezifische Potentiale, gegen Antisemitismus zu wirken, sind jedoch auch mit Problemen und Schwierigkeiten verbunden. So sind dialogisch orientierte Projekte, wie sie etwa im Rahmen von „Meet a Jew“ umgesetzt werden,² sehr anspruchsvoll, auch was etwaige Zumutungen betrifft, denen Jüdinnen und Juden in diesen Bildungsettings ausgesetzt werden können. Aber auch Strategien, die auf eine bloße Wissensvermittlung abzielen, müssen sich beispielsweise die Frage gefallen lassen, ob allein ein Mehr an Faktenwissen gegen Antisemitismus ausreicht. Und generell stellt sich vor dem Hintergrund dessen, dass auch formal sehr gebildete Menschen antisemitische Vorstellungen aufweisen können, die Frage, auf welche Art von Bildung zu setzen ist. Geht es nicht vielmehr um ganz konkrete Haltungen als um Faktenwissen? ... um die Wahrnehmung von Heterogenität in der deutschen Migrationsgesellschaft als etwas Konstitutives? ... um Widerspruchs- und Ambiguitätstoleranz? ... um selbstreflexive und auch -kritische Perspektiven?

Die Bildungsarbeit der Fachstelle [m²] miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus

Die Reflexionen zu unterschiedlichen Strategien und Herausforderungen im Feld der Präventions- und Bildungsarbeit gegen Antisemitismus wurden in der 2019 auf Dauer eingerichteten

Fachstelle [m²] des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln in einem Ansatz integriert, der sich am Motto „informieren – sensibilisieren – stark machen. kontinuierlich!“ orientiert. Entwickelt wurden verschiedene Workshop-Formate für die schulische und außerschulische antisemitismuskritische Bildungsarbeit³ sowie für Multiplikator*innen, die darauf ausgerichtet sind, Teilnehmende mit ihrem jeweiligen Vorwissen abzuholen und ihnen nach Möglichkeit und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit subjekt- und lebensweltorientiert zu begegnen. Die Fachstelle verfolgt dabei das Ziel, mit ihren Bildungsangeboten möglichst viele Menschen in Köln zu erreichen – und dies unabhängig von gesellschaftlicher Positionierung, Herkunft oder religiöser Zugehörigkeit. Sie zielt darauf ab, über Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen zu informieren, für die Gefahren von Antisemitismus zu sensibilisieren und Menschen darin zu bestärken, sich gegen Antisemitismus zu positionieren sowie sie zu motivieren, sich aktiv für eine offene und vielfältige Gesellschaft und ein solidarisches Miteinander zu engagieren. Ein solches Engagement wird grundlegend als Beitrag zur Förderung einer lebendigen Demokratie verstanden.

Wie wird das konkret umgesetzt? Zwei Anmerkungen zu einem komplexen Aufgabenfeld

Da mit antisemitischen Konstruktionen von „Juden“ als „den Anderen/Fremden“ in grundlegender Weise Vorstellungen einer (national, ethnisch, religiös oder anderweitig kodierten) Wir-Gemeinschaft verbunden sind, werden in dreistündigen Mitmach-Workshops mit Schüler*innen ab der neunten Klasse Methoden eingesetzt, die auf eine Wahrnehmung der facettenreichen Bezüge von Menschen in der Welt abzielen, bevor eine weiterführende Beschäftigung mit Erscheinungsformen und Funktionen des Antisemitismus erfolgt.⁴ Anvisiert wird so, die Logik des Antisemitismus an einem entscheidenden Punkt zu unterminieren: Mit Antisemitismus sind Menschen auf nur eine Dimension ihrer Zugehörigkeit verkürzende Wahrnehmungen verbunden. Menschen verkürzen sich dabei selbst während sie auch andere in solch einer Weise verkürzen: „Wir – die Deutschen, die Christ*innen, die Türk*innen, die Pol*innen, die Muslim*innen“ etc. versus „die Juden“ ist eine Konstante in der antisemitischen Semantik. Die Vielfalt unterschiedlicher Zugehörigkeiten wird ausgeklammert und ins Zentrum rückt die Imagination einer Wir-Gruppe als einer Großgemeinschaft, die „den Juden“ entgegengesetzt ist. Imaginäre und singuläre Zugehörigkeitsvorstellungen zu dezentralisieren und die Teilnehmenden der Workshops anzuregen, ihre vielfältigen Bezüge in der realen sozialen Welt auszuleben, ist insofern ein wesentliches Ziel der Bildungsarbeit von [m²].

Ein weiteres Ziel besteht darin, auf ein Phänomen hinzuweisen, das als Wahrnehmungsdiskrepanz beschrieben wird (vgl. Zick et al. 2017): Jüdinnen und Juden sind weit überwiegend der Meinung, Antisemitismus habe in den letzten Jahren zugenommen; eine Ansicht, die nur von einer Minderheit der nicht-jüdischen Restgesellschaft geteilt wird. Die Ursachen dieser Diskrepanz liegen im unterschiedlichen Grad der Betroffenheit von Antisemitismus begründet und verweisen darauf, wie bedeutsam es ist, vielfältige jüdische Perspektiven in die Bildungsarbeit einzubinden, um Sensibilisierungsprozesse zu fördern.

Essentiell wichtig ist es für die Mitarbeiter*innen von [m²] daher, auf der Basis von selbst durchgeführten Interviews erstellte Portraits zu jüdischen Kölner*innen in die Workshops einzubringen. Alle Interviewten weisen eine regionale wie altersbezogene Nähe zu jenen auf, die an den Schul-Workshops teilnehmen. Bedeutsam war es mit Blick auf die Portraits, die Interviewten nicht allein auf ihr Jüdisch-Sein oder auf Antisemitismuserfahrungen zu reduzieren. Vielmehr kommen sie in der Bildungsarbeit mit all dem, was sie als Individuen ausmacht, zu Wort. Jüdisch-Sein ist dabei nur ein mehr oder weniger bedeutsamer Aspekt neben anderen, wie dies auch Emily deutlich macht, wenn sie sagt: „Ich bin nicht nur jüdisch. Ich bin Emily. Ich bin Studentin. Ich bin ein Mensch, der Musik und Kultur mag. Ich bin so vieles. Jüdisch-Sein ist ein Teil von mir, ein schöner und wichtiger, aber eben einer neben anderen.“

Antisemitismuserfahrungen wie die eingangs skizzierten werden dabei jedoch nicht ausgeblendet, sondern vielmehr für Reflexionen herangezogen und dahingehend diskutiert, wie man sich in den jeweiligen Situationen (solidarisch) verhalten kann. Übergeordnetes Ziel ist es, Workshop-Teilnehmende zu motivieren und darin zu bestärken, Haltung zu zeigen, Verantwortung zu übernehmen und zu erkennen: Gegen Antisemitismus braucht es Haltung. Antisemitismus geht uns alle an! ■

Literatur

Biskamp, Floris/HöbI, Stefan E. (2020): Perspektiven der politischen Bildung im Zusammenhang mit Islam und Islamismus in der pluralen Gesellschaft. In: HöbI, Stefan E./Jamal, Lobna/Schellenberg, Frank (Hrsg.): Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 10399. Bonn. (im Erscheinen)

Cheema, Saba-Nur (2017): Gleichzeitigkeiten: Antimuslimischer Rassismus und islamisierter Antisemitismus – Anforderungen an die Bildungsarbeit. In: Mendel, Meron/Messerschmidt, Astrid (Hrsg.): Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft. Frankfurt am Main, Campus, S. 61-76.

Eckmann, Monique (2013): Gegenmittel. Bildungsstrategien gegen Antisemitismen. In: Detzner, Milena/Drücker, Ansgar (Hrsg.): Antisemitismus – ein gefährliches Erbe mit vielen Gesichtern. Handreichung zu Theorie und Praxis. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung. Düsseldorf, S. 57-61.

HöbI, Stefan E. (2019): Antisemitismus unter ‚muslimischen Jugendlichen‘. Empirische Perspektiven auf Antisemitismus im Zusammenhang mit Religiösem im Denken und Wahrnehmen Jugendlicher. Wiesbaden.

Mendel, Meron/Messerschmidt, Astrid (2017): Einleitung. In: Mendel, Meron/Messerschmidt, Astrid (Hrsg.): Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Frankfurt am Main, S. 11-23.

Schwarz-Friesel, Monika (2019): Juden Hass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl. Berlin/Leipzig.

Spiegel (2016): Anschlag auf Synagoge in Wuppertal Gericht erhöht Bewährungsstrafen für zwei Täter. Quelle: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/anschlag-auf-synagoge-in-wuppertal-hoehere-bewaehrungsstrafen-a-1072630.html>. Zugegriffen: 15. April 2020.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Bonn.

Zick, Andreas/Hövermann, Andreas/Jensen, Silke/Bernstein, Julia (2017): Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus. Quelle: https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf. Zugegriffen: 15. April 2020.

Anmerkungen

- 1 Die Autoren des Textes führten im Jahr 2019 Interviews mit jüdischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Hierbei entstand das Interview mit Emily. Alle Angaben zu ihr, die Rückschlüsse auf die Person ermöglichen könnten, wurden – ebenso wie der Name selbst – verändert.
- 2 Vgl. <https://www.meetajew.de/>.
- 3 Eine solche Bildungsarbeit beansprucht, „nicht zuschreibend oder kulturalisierend zu sein“ (Mendel/Messerschmidt 2017, S.14), was sich auch im Namen der Fachstelle widerspiegelt, in der auf Rassismus Bezug genommen wird. Vor dem Hintergrund, dass Rassismus und Antisemitismus immer wieder gegeneinander ausgespielt wer-

den, erscheint eine rassismus- und diskriminierungssensible Haltung in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit unverzichtbar. Verwiesen werden kann in diesem Zusammenhang darauf, dass sich der Vorwurf, ‚die Muslim*innen‘ seien allesamt Antisemit*innen, zu einem eigenständigen Topos des antimuslimischen Rassismus entwickelt hat (vgl. Cheema 2017, S. 63), welcher auch in der Praxis der Bildungsarbeit wiederkehrend geäußert wird.

4 Vgl. hierzu und zum Folgenden HöbI (2019, S. 373-411).



Patrick Fels (M.A., Politikwissenschaftler) und Dr. Stefan E. HöbI (Erziehungswissenschaftler) sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Fachstelle [m²] miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln. Schwerpunkt der Fachstelle ist die Bildungsarbeit im Themenfeld ‚Antisemitismus‘.

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Auf dem Schulhof stand ein Junge und hielt sich ein Stück schwarze Pappe über die Lippe und sagte laut »Heil Hitler!«.“
(Diana, Schülerin)

„Wir müssen immer beweisen, dass wir bessere Menschen sind, nur weil wir Juden sind.“ (Simone, Schülerin)

„Sonst hast du Probleme bekommen und wurdest geschlagen. [...] Solange man in der Schule nicht gesagt hat, dass man Jude ist, hat man weniger Probleme.“ (Jakob, Schüler)

„So oder so gehe ich vielen Konfliktsituationen aus dem Weg, weil ich jüdisch bin, jedoch nicht so aussehe. Ich trage keine Kippa außer an Hochzeiten und auch keinen Davidstern.“ (Manuel, Schüler)

(aus: Bernstein, Julia u. a.: „Mach mal keine Judenaktion!“. Herausforderungen und Lösungsansätze in der professionellen Bildungs- und Sozialarbeit gegen Antisemitismus. Forschungsbericht, Frankfurt a. M. 2018, www.frankfurt-university.de/antisemitismus-schule, S. 54.)

Karima Benbrahim

Rassismus (be)trifft uns ALLE

Rassismuskritische Perspektiven in der Bildungsarbeit

Wir erleben derzeit extreme Polarisierungen rassistischer und rechter Stimmungsmache, wenn es um das Thema Migration geht. Die Debatten kreisen um Migration, Flucht und Islam und die damit einhergehende Frage bzw. Herausforderung ist, wie mit der gesellschaftlichen Heterogenität angemessen umzugehen ist. Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass die Konfliktlinie nicht immer an der Begrifflichkeit Migration, sondern zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen von Pluralität verläuft, wie es die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan treffend beschreibt:

► *„Migration ist nur die Chiffre, hinter der sich vielfältige Konflikte im Umgang mit Pluralität verstecken: Umgang mit Gender-Fragen, Religion, sexueller Selbstbestimmung, Rassismus, Schicht und Klasse, zunehmender Ambiguität und Übersichtlichkeit.“¹*

Das Problem dieses „Migrationsschleiers“, der diese Komplexität verdeckt, liegt darin, dass in den vergangenen Jahren die oben genannten Themen mit Migration verknüpft wurden und nicht als Themenfelder wahrgenommen wurden, die auch ohne Migrationsbezug von höchster Relevanz sind. So stürzen sich Rechtspopulist*innen auch hier auf die Chiffre „Migration“ und schotten sich gegen jegliche Form eines pluralen Verständnisses einer postmigrantischen Gesellschaft ab. Rassistische und rechte Einstellungen, Ablehnung und offene Feindseligkeit sowie Enthemmungen gegenüber Black, Indigenous und People of Color (BIPOCs)², als sogenannte Migrationsandere sind nicht nur weit verbreitet, sie haben in den vergangenen Jahren eher zugenommen. Hassbotschaften in den sozialen Netzwerken und verbale sowie tätliche Angriffe besonders auf sogenannten Migrationsandere, geflüchtete, jüdische und muslimische (oder als solche markierte) Menschen haben in einem Ausmaß zugenommen, dass sie als Teil unserer gesellschaftlichen Realität nicht mehr ignoriert werden können. Allerspätestens diese Entwicklungen haben deutlich gemacht, dass Rassismus weder ein Phänomen der Vergangenheit ist, noch sich auf den rechten „Rand“ der Gesellschaft beschränkt, sondern fest in der Mitte verankert ist. Das postnationalistische Rassismusverständnis stellt für rassismuskritische Ansätze immer noch eine große Herausforderung dar, denn es verknüpft Rassismus mit dem Nationalsozialismus und beruft sich auf lediglich individuelle Einstellungen bzw. Verhaltensmuster von Menschen am sogenannten Rand der Gesellschaft.

Seit der Aufdeckung der NSU Morde gewinnt institutioneller und struktureller Rassismus im gesellschaftlichen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland an Bedeutung. Im Mittelpunkt der Diskussion steht häufig das behördliche Versagen von Polizei, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und den verschiedenen Landesbe-

hörden für Verfassungsschutz bei der Verhinderung von rechter und rassistischer Gewalt und Terror. Auch in der Bildungsarbeit muss sich der Blick auf die Strukturen und Rahmenbedingungen in den eigenen Institutionen und Organisationen richten, in denen immer noch eine nahezu prä migrantische Realität herrscht, die von weißen, christlichen und heterosexuellen Männern geprägt ist, wie es Birgit Rommelspacher in ihrem Werk „Dominanzkultur“ beschreibt.³

Rassismus(kritik) als machtkritische Praxis in der Bildungsarbeit

Rassismus verletzt die Würde und die Rechte von Menschen of Color (s. o.). Menschen werden aufgrund bestimmter (zugeschriebener) Merkmale wie Fluchthintergrund, Hautfarbe, Religion und/oder Kultur hierarchisiert und homogenisiert. Je nach Positionierung wird Individuen und Gruppen ein unterschiedliches Maß an Anerkennung, Wertschätzung und Handlungsmöglichkeiten zugestanden. Die grundlegende Unterscheidungsform beruht auf der Gegenüberstellung eines natio-ethno-kulturellen „Wir“ und „Ihr“, die durch gesellschaftliche und strukturelle Praktiken aufrechterhalten werden. Die entsprechenden Zuschreibungs- und Ausgrenzungspraktiken führen zu sozialer Ungleichheit und Benachteiligung einzelner Individuen und Gruppen auf individueller, struktureller, kultureller und institutioneller Ebene.

Rassismusbetroffene gelangen in einen ständigen Erklärungs- und Legitimationszwang, wenn es um ihre Zugehörigkeit geht. Exemplarisch stehen hier oft gut gemeinte Fragen und Bemerkungen wie „Wo kommst Du eigentlich her?“ oder „Du sprichst aber gut deutsch“. Betroffene erleben zum einen alltäglich Rassismus und zugleich die Dethematisierung ihrer Rassismuserfahrungen in der Gesellschaft.

Aus rassismuskritischer Perspektive gilt als zentrales Ziel, Rassismus zu thematisieren, aufzuklären und aktiv dagegen zu handeln. Pädagogische Arbeitsfelder spielen eine wichtige Rolle im Erlernen eines reflexiven und sensiblen Umgangs rassistischer Einstellungen, Strukturen und Praktiken.

„Rassismuskritik verstehen wir als kunstvolle, kreative, notwendig reflexive, beständig zu entwickelnde und unabschließbare [sic.], gleichwohl entschiedene Praxis, die von der Überzeugung getragen wird, dass es sinnvoll ist, sich nicht „dermaßen“ von rassistischen Handlungs-, Erfahrungs- und Denkformen regieren zu lassen“.⁴

Obwohl sich pädagogische Konzepte mittlerweile kritisch gegenüber einem statischen Kulturbegriff positionieren, ist in sogenannten interkulturellen Konzepten immer noch die Frage nach der „Kultur des Anderen“ als zentrale Differenzkategorie zwischen den Teilnehmer*innen präsent. Der Kulturbegriff wird hier in – vermeintlich eindeutigen – nationalen, ethnischen und kulturellen Zugehörigkeiten gesehen, die das Verhalten und Denken von Menschen stark prägen und determinieren. Kultur wird somit zu einem homogenen und festgeschriebenen Konstrukt. Der Umgang mit Differenz und die Reflexion von Normalitätsvorstellungen bedeuten in diesem Zusammenhang auch das Reflektieren des Kulturbegriffes. Mit Kultur ist ein flexibles, vielfältiges und sich veränderndes Kulturverständnis gemeint und keines, das Menschen determiniert. Dies bedeutet, dass aus der Zusammensetzung unterschiedlicher Kulturen (Jugendkulturen, Subkulturen, Communities) eigene Kulturen entstehen können oder Kulturen sich verändern.

Im Umgang mit Differenz ist es daher notwendig, eine Anerkennungs- und Wertschätzungskultur zu etablieren, die sich von Defizit-Konzepten und kulturalisierenden Wahrnehmungsmustern verabschiedet. Soziokulturelle Einflüsse und Hintergründe, unterschiedliche Biographien und Lebenswelten werden dabei nicht als Abweichung und Störung gesehen, sondern als Normalität betrachtet.

Beim Aufgreifen und der Bearbeitung von Rassismus sind die besonderen Lebensbedingungen, Erfahrungs- und Handlungsräume sowie die Interpretations- und Wahrnehmungsmuster von Menschen, die Rassismuserfahrungen haben, zu berücksichtigen. Daraus ergibt sich eine gelingende Auseinandersetzung und Thematisierung von Rassismus als wichtige Voraussetzung für Bildungs- und Lernprozesse. Für Institutionen und Pädagog*innen ist dies mit verschiedenen Herausforderungen verbunden, so dass über Hindernisse und Möglichkeiten, die sich aus der gesellschaftlich-strukturellen Positionierung von Gruppen und Minderheiten ergeben, Kenntnisse und Kompetenzen gewonnen und Zugänge geschaffen werden müssen. Pädagog*innen sollten in der Lage sein, begünstigende Voraussetzungen für eine rassismuskritische und migrationspädagogische Arbeit zu schaffen. Sie sollten über Wissen und Kenntnisse ihrer Zielgruppen of Color verfügen, wie zum Beispiel Ursachen und Erscheinungsformen einzelner Arten von Rassismus und Diskriminierung und ihrer Verschränkungen. Eine Herausforderung zeigt sich zum einen darin, Rassismus als Erfahrung, die nicht alle Beteiligten machen, zu reflektieren und zum anderen diese mit gesellschaftlichen Dominanz- und Machtverhältnissen zu thematisieren.

Insbesondere in solchen Lernprozessen müssen Räume für die Thematisierung eigener Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen mit Fremd- und Selbstbildern Platz haben, um Handlungsmöglichkeiten gegen Rassismus und Diskriminierungen zu entwickeln.

Empowerment-Räume als Orte der Sichtbarmachung von Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen

In der Bildungslandschaft existieren bereits viele Angebote und Tagungen zur Thematisierung von Rassismus, aber es gibt sehr wenige, die die Perspektiven und Wissensbestände von Betroffenen fokussieren. Aus rassismuskritischer Sicht ist die Auseinandersetzung mit Rassismus für Alle notwendig. Dennoch zielen die Angebote hauptsächlich darauf, weiße Zielgruppen fit und handlungskompetent zu machen. Diese Perspektive vernachlässigt die Handlungssicherheit und Stärkung von Betroffenen rassistischer und rechter Gewalt in Workshops und Arbeitsfeldern. Empowerment und Powersharing ist eine notwendige Handlungspraxis, um mit Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen umzugehen. Betroffene Zielgruppen/Fachkräfte und Multiplikator*innen of Color erleben nicht nur im Alltag Rassismus, sondern auch in pädagogischen Settings bzw. Handlungsfeldern – und sie erleben zugleich auch die Dethematisierung ihrer Rassismuserfahrungen. In heterogenen Settings werden Fragen von Macht und Privilegien häufig nicht angemessen reflektiert oder sogar ausgeblendet. Dies führt dazu, dass rassistische Denk- und Handlungsmuster, die den Alltag strukturieren, in diesen Kontexten reproduziert und nicht ausreichend problematisiert werden. Dadurch besteht in pädagogischen Handlungsfeldern die Gefahr einer doppelten Verletzung und Reproduktion verinnerlichter Rassismen.

Die Thematisierung von Rassismuserfahrungen am eigenen Arbeitsplatz oder in der pädagogischen Arbeit wirft oftmals andere Fragestellungen auf und führt zu anderen Handlungsstrategien:

- Welche Rolle spielen eigene Rassismuserfahrungen in der pädagogischen Arbeit? Wie können sich Fachkräfte mit Rassismuserfahrungen schützen und empowern? Wie können Rassismuserfahrungen verarbeitet und bewältigt werden?
- Wie kann eine rassismuskritische und empowermentoriente Bildungsbildungsarbeit mit weißen Kolleg*innen aussehen?
- Wie können rassismuskritische und empowermentoriente Öffnungsprozesse in Institutionen angegangen werden?
- Wie können Empowerment- und Verbündetenarbeit als Teil der pädagogischen Praxis mitgedacht und angewendet werden?
- Wie können Strategien gegen alltäglichen und institutionellen Rassismus entwickelt werden?

Zielgruppen benötigen je nach ihrer gesellschaftlichen Positionierung geschützte Räume zur Bewältigung und Überwindung von Rassismus und Diskriminierung. Betroffene können ihre individuellen Erfahrungen im Kontext von Rassismus und (Mehrfach-)Diskriminierungen in Gruppen mit ähnlichen Erfahrungen besser thematisieren und überwinden. In diesem Zusammenhang ist es bedeutsam, Menschen mit Rassismus- und Diskriminierungserfahrung durch geschützte(re) Räume die Möglichkeit zu bieten, sich angstfrei und offen über schmerzvolle Erlebnisse auszutauschen und sich gegenseitig zu stärken. Auch Menschen ohne Rassismuserfahrungen können in eigenen Reflexionsräumen, zum Beispiel im Rahmen von Verbündetenarbeit ihre Verstrickungen in rassistische Gesellschaftsstrukturen thematisieren. In geschützte(re)n Räumen sollen durch Bewusstwerdung und

kritische Hinterfragung der eigenen (Ohn-)Machtsituation bzw. -position Lern- und Veränderungsprozesse angestoßen werden, so dass neue Perspektiven und Handlungsstrategien zur Bewältigung von rassistischen Verhältnissen entstehen. Auch in Bezug auf andere Diskriminierungsformen wie Antisemitismus, Sexismus, Klassismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Ethnozentrismus und andere können in geschützte(re)n Räumen (Mehrfach-) Diskriminierungen in ihren Verschränkungen intersektional thematisiert und bearbeitet werden. Empowerment und Powersharing muss als Notwendigkeit einer solidarischen und rassismuskritischen Praxis verstanden werden, in der Menschen mit Rassismuserfahrungen nicht Objekt sind, sondern als Zielgruppe und Adressat*innen die Möglichkeit erhalten, Rassismus zu thematisieren und zu überwinden. ■

Dieser Beitrag ist eine gekürzte Version des bereits veröffentlichten Textes auf der Vielfalt Mediathek.

Literatur- und Quellenliste

Adorno, Theodor W. (1975): Schuld und Abwehr, in: Pollock, Friedrich: Gruppenexperiment, auch in Theodor W. Adorno (2003): Gesammelte Schriften. Band 9.2: Soziologische Schriften II. Band 2. Frankfurt/Main, S. 277.

Noah Sow (2018): Deutschland Schwarz Weiß: Der alltägliche Rassismus (Deutsch), Berlin.

Naika Foroutan (2017): Blick hinter den Schleier. Naika Foroutan zum Siegeszug des Begriffs des «Postmigrantischen», URL: <https://www.rosalux.de/publikation/id/14762/blick-hinter-den-schleier/> (letzter Zugriff: 19.12.2019).

Scharathow, Wiebke (2009): Einleitung, in: Claus Melter, Paul Mecheril (Hrsg.): Rassismuskritik: Band 1: Rassismustheorie und -forschung, Frankfurt am Main.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Naika Foroutan 2019.
- 2 Black, Indigenous, People of Color (BIPOC) bedeutet „Schwarze und Indigene / Person(en) of Color“. Ein Begriff, der die Intersektionalität in Hinblick auf die „Minderheiten“-Erfahrung erweitert. PoC (People / Person(en) of Color) bezeichnet Nicht-Weiße Personen in der westlichen Zivilisation. Mit dem I werden indigene Identitätsgruppen benannt, die zu den am stärksten unterdrückten Menschen gehören.
- 3 Birgit Rommelspacher, Dominanzkultur 1995.
- 4 Wiebke Scharathow 2009, S.10.



Karima Benbrahim ist Diplompädagogin und Konfliktmediatorin. Sie leitet die landesweite Fachstelle zu Rassismuskritik und Rechtsextremismusprävention IDA-NRW. Neben den Schwerpunktthemen Rassismus(kritik) und Rechtsextremismus, Critical Diversity und Empowerment in der politischen Bildungsarbeit legt sie einen Fokus auf rassismuskritische und diversitätsbewusste Öffnungsprozesse in Institutionen.

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Wenn das Freunde sind und beide das als Spaß ansehen, dann finde ich schon, dass das Spaß ist.“ (Jugendlicher zum Thema „Rassistische Bemerkungen unter Freunden“)

„Wenn das jetzt meine beste Freundin ist und ich sag‘ halt so »Scheiß-Polin du hast ‘was geklaut«, dann ist das – in Anführungszeichen – normal für uns, weil sie weiß, dass das nicht ernst gemeint ist. Und sie macht auch Witze über mich.“ (Jugendliche zum Thema „Rassistische Bemerkungen unter Freunden“)

„Nur, weil du meine Freundin bist, kannst du zu mir dieses N-Wort sagen.“ (Jugendliche zum Thema „Rassistische Bemerkungen unter Freunden“)

„Man kann auch ein bisschen locker sein. Aber ich glaub‘, in manchen Situationen darf man so ‘was einfach nicht, weil man nicht weiß, ob man die Person verletzt.“ (Jugendliche zum Thema „Rassistische Bemerkungen unter Freunden“)

„Diese Diskussion »Warum dürfen die Schwarzen dieses N-Wort sagen? Warum dürfen die Weißen das nicht sagen?« hatten wir in der Klasse auch.“ (Jugendliche zum Thema „Rassistische Bemerkungen unter Freunden“)

„Ich hab‘ dann irgendwann gesagt »Halt! Stopp! Hör‘ mal auf damit!« Nur, weil die aus einem anderen Land kommen, heißt das nicht, dass man die direkt beleidigen kann.“ (Jugendlicher zum Thema „Erfahrungen mit Rassismus“)

„Ich seh‘ auch öfter Leute, die sich aus Spaß den Hitler-Gruß zeigen, wo ich dann denke: Das ist doch kein Spaß!“ (Jugendlicher zum Thema „Erfahrungen mit Rassismus“)

(aus: Hagedorn, Tanja / Higgen, Malte: Ich geh dazwischen. In: Filmreihe Alltagsrassismus. Ein Projekt des Fachbereichs Jugend & Freizeit, Kinder- und Jugendschutz und Haus der Jugend Barmen (Close Up Theater). Hrsg. v. Medienprojekt Wuppertal, 2019.)

Kath. Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. und Kooperationspartner*innen

Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen

Fortbildungskonzept VIR für Fachkräfte

► VIR (**V**eränderungs**I**mpulse setzen bei **R**echtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen) ist ein Fortbildungskonzept für Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit rechtsorientierten Jugendlichen oder jungen Erwachsenen im Kontakt sind. In diesem Sinne „rechtsorientiert“ sind Jugendliche oder junge Erwachsene, die sich an rechtsextremistischen Cliquen, Organisationen oder Parteien beteiligen und rechtsextremistische Denkmuster zunehmend verinnerlichen, ohne in führender Position in dieser Szene aktiv zu sein. Dies gilt vor allem für Jugendliche und junge Erwachsene in einer Annäherungsphase an die rechtsextremistische Szene oder solche, die als Sympathisantinnen bzw. Sympathisanten oder als Mitläuferinnen bzw. Mitläufer beteiligt sind. Das Ziel des VIR-Konzepts ist es, in Alltagssituationen Impulse zu setzen, die zur Veränderung motivieren und den Prozess der Veränderung unterstützen. Daher umfasst das Fortbildungskonzept insbesondere Bausteine zur Motivierenden Gesprächsführung und die Vermittlung von Grundwissen zum Thema „Rechtsextremismus“.

Kooperation von Institutionen

Als Kooperationsprojekt des Arbeitskreises der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK Ruhr), der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. und des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW – Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten wird VIR durch das LWL-Landesjugendamt Westfalen fachlich begleitet.

Ziele

Für rechtsaffine Jugendliche und junge Erwachsene ist eine Beratung notwendig, die ihnen angemessene Unterstützung bietet, um ein Abgleiten in eine extremistische Szene zu verhindern. Angebote von Beratung für diese Zielgruppe gibt es nur wenige. Hinzu kommt, dass Jugendliche und junge Erwachsene sich oft nicht als Gefährdete definieren, solange keine schwerwiegenden Folgeprobleme aufgetreten sind. Von sich aus suchen sie oft keine Beratung auf.

Wie gehen Kontaktperson mit dieser Situation um? Was tun sie, wenn sie etwa beobachten, dass in ihrer Einrichtung Jugendliche rechtsextremistische Musik hören? Lässt sich diese Situation für ein Beratungsgespräch nutzen? Wie lassen sich Beratungsgespräche gestalten, damit der betroffene Jugendliche nicht den weiteren Kontakt vermeidet bzw. in seinem problematischen Verhalten bestärkt wird? Wie können Jugendliche begleitet und unterstützt werden bei der Aufgabe, ihre eigene soziale Position mit allen Risiken und Experimenten zu entwickeln, dabei aber nicht in schwierig zu reparierende extremistische Fahrwasser abzugleiten?

Motivierende Kurzintervention

Mit diesen und anderen Fragen beschäftigt sich die VIR-Fortbildung. Dabei steht die Motivierende Kurzintervention als Beratungsmodell im Vordergrund. Motivierende Kurzintervention wurde bisher vor allem in der medizinischen Praxis, etwa im Beratungsgespräch zwischen Ärztin bzw. Arzt und Patientin bzw. Patient ausprobiert. Dabei wurde die Erfahrung gemacht, dass diese Art der Beratung sich besonders eignet für Personen, die riskantes Verhalten zeigen, aber nur eine geringe Bereitschaft zur Veränderung haben und sehr ambivalent sind. Dies spricht dafür, dass dieses Konzept auch für unsere Zielgruppe geeignet ist. Die Beratung versteht sich als Gesprächsangebot, das Betroffene ermutigen will, sich mit dem eigenen Verhalten auseinanderzusetzen. VIR will den Jugendlichen oder jungen Erwachsenen darin begleiten, das eigene Verhalten und mögliche Gefahren zu reflektieren und Veränderungsimpulse aus sich heraus zu entwickeln. Das Programm möchte sie für Kurzberatung – also Gesprächen von höchstens 60 Minuten Dauer – zugänglich machen.

Prinzipien von VIR können aber auch in Gesprächen „zwischen Tür und Angel“ angewandt werden. Hierdurch werden Jugendliche erreicht, die ansonsten keine langfristige Beratung nutzen würden und für deren Bedarf kurze Denkanstöße passender sind.

Veränderung als Prozess

Das VIR-Konzept sieht sowohl das problematische Verhalten als auch dessen Veränderung als einen Prozess. Veränderungen brauchen mehr als einen Tag und auch die Motivation zur Veränderung entwickelt sich laufend. Diesen Prozess der Veränderung gilt es genauer zu beobachten und in der Beratung darauf einzugehen. Wie gehe ich mit jemandem um, der auf den ersten Blick überhaupt nicht motiviert scheint, sich mit seinem Verhalten auseinanderzusetzen oder etwas zu verändern? VIR bietet kein fertiges Rezept für schwierige Situationen im Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen. Dabei will und kann VIR längerfristige Therapien, wenn diese notwendig sind, jedoch nicht ersetzen. Veränderung ist ein vielschichtiger Prozess, die Fortbildung soll den Blick schärfen für ein genaues Hinschauen: Wo befindet sich der Jugendliche oder junge Erwachsene genau? Welche Ziele und Ansprüche formuliere ich als Kontaktperson für ein Beratungsgespräch? Der „rote Faden“ der Fortbildung VIR berücksichtigt, dass Motivation zur Veränderung verschiedene Stadien durchläuft. Dies ermöglicht die Strukturierung von Beratungssituationen und vermittelt die passgenauen Interventionen, welche diesen Stadien angepasst sind.

Der Skepsis begegnen

VIR soll Impulse setzen bei Zielgruppen, die der Verhaltensänderung skeptisch gegenüberstehen und bei denen intensive Be-

ratungsprozesse zunächst aussichtslos sind. Daher setzt VIR auf Kurzinterventionen – „Tür und Angel“-Gespräche bzw. Kurzberatungen im Spektrum von 10 bis 60 Minuten. Typische Gesprächssituationen sind zum Beispiel

- Pausengespräche mit Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern, Lehrerinnen und Lehrern,
- Gespräche im Jugendzentrum, Verein oder in der Wohngruppe,
- Gespräche zwischen Strafgefangenen und Beschäftigten in einer JVA.

VIR ist angelehnt an das erfolgreiche Fortbildungskonzept MOVE (Motivierende Kurzintervention), das aus der Suchtprävention stammt und von der Landeskoordinierungsstelle für Suchtvorbeugung – der ginko Stiftung für Prävention in Mülheim a. d. Ruhr – entwickelt wurde. Im Zusammenwirken mehrerer Fachstellen wurde die Konzeption übertragen, um Distanzierungsprozesse bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern.

Konzept: Zehn Bausteine

VIR bietet Handwerkszeug für die soziale Beratung und Prozessbegleitung bei schwieriger Klientel, es ersetzt keine Therapie. Zentrale Bausteine des VIR-Konzepts sind Übungen zur Motivierenden Gesprächsführung, ein Stadienmodell, das Veränderungsphasen realitätsnah widerspiegelt, das notwendige Grundlagenwissen zum Themenfeld Rechtsextremismus (Vorurteile, Rassismus, rechtliche Grundlagen, „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, Ein- und Ausstiegsprozesse). Angesprochen sind beispielsweise Mitarbeitende der Schulsozialarbeit, aus Einrichtungen und Angeboten der Jugendhilfe, in Sportvereinen, in Justizvollzugsanstalten sowie Lehrerinnen und Lehrer. Der Aufbau eines Trainings umfasst zehn Bausteine:

- Im Vorfeld des Rechtsextremismus – Vorurteile und Rassismus
- Veränderung ist ein Prozess: Das TTM-Modell (Transtheoretisches Modell)
- Grundlagen der Motivierenden Gesprächsführung
- Rechtliche Grundlagen
- Ein- und Ausstiegsprozesse
- Mit Widerstand umgehen
- Umgang mit Ambivalenzen und Widersprüchen
- Erlebniswelt Rechtsextremismus – Musik, Symbolik, Internet
- „Change talk“ – Veränderung in Gang setzen
- Entscheidungen treffen – Ziele klären

Zielgruppen

VIR bietet zwei Qualifizierungsformate für unterschiedliche Zielgruppen an – die VIR-Ausbildung und die VIR-Fortbildung. Die viertägige VIR-Ausbildung bildet Teilnehmende zu VIR-Trainerinnen bzw. -Trainern aus, die im Anschluss selbst VIR-Trainings in ihren Arbeitsfeldern bzw. ihren Regionen im Tandem durchführen können. VIR-Trainerinnen und -Trainer arbeiten immer zu zweit. Zielgruppe sind Fachkräfte aus der Rechtsextremismusprävention und politischen Erwachsenenbildung sowie Fachberaterinnen und Fachberater aus der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Wichtig sind Erfahrungen im Bereich der Aus- und Fortbildung sowie die Bereitschaft, VIR-Trainings anzubieten. VIR bietet jedes Jahr eine entsprechende Ausbildung an. Die dreitägige VIR-Fortbildung ist für Fachkräfte konzipiert, die die Methoden in der eigenen Praxis anwenden möchten, zum Beispiel Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter der Schulsozialarbeit, aus Einrichtungen und Angeboten der Jugendhilfe, in Sportvereinen, in Justizvollzugsanstalten sowie Lehrerinnen und Lehrer. ■



Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Weitere Informationen zum VIR-Konzept unter www.vir.nrw.de sowie zu angebotenen Fort- und Ausbildungen unter www.thema-jugend.de/veranstaltungen/.

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Das ist einfach so: Man beleidigt sich und macht jemanden 'runter, um selber seinen Wert zu pushen.“ (Jugendliche zum Thema „Erfahrungen mit Rassismus“)

„Ich denke, das sind die [...] älteren Deutschen, die öfter 'mal laut werden und es sich vielleicht erlauben, weil sie älter sind. Und man kann ja eh nichts gegen sie sagen.“ (Jugendliche zum Thema „Erfahrungen mit Rassismus“)

„Ich glaub, es geht mehr darum: Der, der sich am wenigsten informiert, ist eher geneigt, rassistisch zu sein.“ (Jugendlicher zum Thema „Erfahrungen mit Rassismus“)

„Ich mische mich nicht ein, wenn es halt nur so kleine Andeutungen sind.“ (Jugendlicher zum Thema „Erfahrungen mit Rassismus“)

(aus: Hagedorn, Tanja / Higgen, Malte: Ich geh dazwischen. In: Filmreihe Alltagsrassismus. Ein Projekt des Fachbereichs Jugend & Freizeit, Kinder- und Jugendschutz und Haus der Jugend Barmen (Close Up Theater). Hrsg. v. Medienprojekt Wuppertal, 2019.)

Lea Kohlmeyer

Demokratie ist keine wertfreie Veranstaltung

Weimarer Erklärung für demokratische Bildungsarbeit

▶ Mit einer bundesweit bislang einzigartigen Positionierung haben sich im Oktober 2019 Weimarer Kultur- und außerschulische Bildungseinrichtungen gegen Versuche der Einflussnahme auf ihre Bildungsarbeit gestellt. Diese beruhe, so die Erstunterzeichnenden¹ der Erklärung, auf der Achtung von Menschenrechten, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit und könne daher nie (wert)neutral sein.² Ausgehend von Thüringen als einem „Kultur- und Bildungsland mit hoher internationaler Ausstrahlung“³ und einer durch eine „spezifische politische Geschichte [auferlegten] besondere[n] Verantwortung für Demokratie, Freiheit und Vielfalt“⁴ wurde die Erklärung seit ihrer Veröffentlichung von über 330 weiteren Institutionen, Verbänden, Bildungs-, Kultur- und Sozialeinrichtungen sowie von Privatpersonen bundesweit unterstützt. Die „Weimarer Erklärung“ versteht sich nicht als einmaliges Statement, sondern will die Grundlage für eine dauerhafte Zusammenarbeit darstellen.

Weimarer Erklärung über die Grundlagen und Aufgaben historischer, politischer und kultureller Bildung

Die historische, politische und kulturelle Bildung ist aktuell herausgefordert durch die Behauptung, schulische und außerschulische Bildung unterliege einem „Neutralitätsgebot“. Gestellt wird damit die Frage nach den Aufgaben von Bildung in der Demokratie. Als Weimarer Akteure einer demokratischen Bildungsarbeit ist es uns ein Anliegen dazu zu erklären⁵:

Demokratie ist keine wertfreie Veranstaltung

Die Demokratie beruht auf der Achtung der Menschenrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Diesen Grundlagen der Demokratie kann eine demokratische Bildungsarbeit nicht „neutral“ gegenüberstehen. Vielmehr ist es die Aufgabe von Bildung in der Demokratie, für demokratische Grundwerte einzutreten und gegen antidemokratische, antipluralistische und menschenfeindliche Positionen Stellung zu beziehen. Ein Neutralitätsgebot, das einem Werterelativismus Vorschub leistet, ist mit einer demokratischen Bildungsarbeit nicht vereinbar.

Demokratische Bildungsarbeit ist überparteilich

Eine demokratische Bildungsarbeit ist der Multiperspektivität bei der Darstellung von historischen und politischen Sachverhalten verpflichtet. Diese Form der Überparteilichkeit ist nicht mit Neutralität zu verwechseln. Vielmehr ist es ihre Aufgabe, zum selbständigen Denken anzuregen und die Fähigkeit zu fördern, eine



eigenständige politische Meinung zu entwickeln und zu vertreten. Dies ist nur möglich, wenn den Menschen in Bildungsveranstaltungen keine politische Meinung aufgedrängt wird, sondern kontroverse Standpunkte zu Wort kommen und Diskussion als ein Prozess der eigenständigen Meinungsbildung begriffen und gefördert wird.

Demokratische Bildungsarbeit basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen

Bildungsarbeit fußt auf wissenschaftlichen Grundlagen. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung müssen sich in der Vermittlung von Wissen und der Auswahl von Deutungsangeboten widerspiegeln. Wissenschaftsfeindliche Positionen sind mit einer demokratischen Bildungsarbeit hingegen unvereinbar. Voraussetzung einer wissenschaftlich fundierten Bildungsarbeit ist die Freiheit der Wissenschaften. Dies bedeutet, dass die Wissenschaft selbst in freier Diskussion und unter Achtung wissenschaftlicher Methoden darüber entscheidet, welche inhaltlichen Positionen als wissenschaftlich abgesichert gelten und dem aktuellen Forschungsstand entsprechen. Es ist nicht Aufgabe von Politik, über die Wissenschaftlichkeit von Wissenschaft zu entscheiden. Eine Stigmatisierung von Wissenschaft als „unwissenschaftlich“ durch die Politik oder gar die Androhung der Kürzung oder Streichung von öffentlichen Geldern aufgrund politisch unliebsamer wissenschaftlicher Ergebnisse gefährdet vielmehr die Freiheit von Wissenschaft.

Demokratische Errungenschaften müssen geschützt werden

70 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution treten wir dafür ein, dass die demokratischen Errungenschaften unseres Staates geschützt werden. Deshalb stehen wir für eine

historische, politische und kulturelle Bildungsarbeit, die einerseits eigenständiges Denken und damit den demokratischen Willensbildungsprozess fördert und andererseits die politischen Konsequenzen demokratiefeindlicher Ideologien und Gesellschaftsentwürfe offenlegt. ■

Literatur

Cremer, Hendrik: Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien? Berlin 2019.

Anmerkungen

- 1 Ihre Beweggründe für die „Weimarer Erklärung“ erläutern die Erstunterzeichnenden auch in Videobeiträgen. Siehe hierzu www.weimarer-erklaerung.de. Auf der Internetseite besteht für Interessierte auch die Möglichkeit, sich der Erklärung durch Unterzeichnung anzuschließen.
- 2 Der vom Deutschen Institut für Menschenrechte in Auftrag gegebene Forschungsbericht „Das Neutralitätsgebot in der Bildung“ beschäftigt sich ebenfalls mit der Frage danach, welche Bedeutung den Menschenrechten und dem staatlichen Neutralitätsgebot zukommt, wenn im Schulunterricht oder in der außerschulischen Bildung rassistische oder rechtsextreme Parteipositionen thematisiert werden. Zielgruppe dieser Publikation sind vor allem Entscheidungstragende in Ministerien und Behörden auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene sowie Gerichte. Vgl. Cremer 2019 sowie <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/63942> (05.03.2020).
- 3 Offener Brief der Erstunterzeichnenden der „Weimarer Erklärung“ an den Ministerpräsidenten von Thüringen, Thomas Kemmerich (FDP), vom 6.2.2020: <https://www.weimarer-erklaerung.de/workspace/dokumente/offener-brief-an-hrn.-mp-kemme->

rich_1.pdf (10.03.2020). Nach der umstrittenen Wahl Kemmerichs und einer Neuwahl am 4.3.2020 hat Bodo Ramelow (Die Linke) das Amt des thüringischen Ministerpräsidenten inne.

- 4 Ihre Beweggründe für die „Weimarer Erklärung“ erläutern die Erstunterzeichnenden auch in Videobeiträgen. Siehe hierzu www.weimarer-erklaerung.de.
- 5 Ein Überblick über weitere Erklärungen, Positionspapiere und Stellungnahme der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland für die Stärkung der Demokratie und eine offene Gesellschaft findet sich unter <https://www.weimarer-erklaerung.de/workspace/dokumente/weitere-erklarungen-positions-papiere-und-stellungnahmen-bundesweit.pdf> (10.03.2020).



Dr. Lea Kohlmeyer ist promovierte Germanistin und Redakteurin bei der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.; zurzeit in Elternzeit.

THEMA

Gülgün Teyhani / Christina Roth / Lisa-Marie Rüter

Rassismus und rassistische Diskriminierung

Auswirkung auf Kinder und Jugendliche und die Notwendigkeit von Empowerment und Powersharing

Rassismus ist ein globales Problem, das sich an vorherrschende Machtverhältnisse anlehnt. In diesen Machtverhältnissen ist die Aufwertung oder Abwertung von Menschen gemäß ihrer Hautfarbe, Herkunft, Religion, Sprache, Bildungsstand, soziale Herkunft etc. definiert und spiegelt sich in unseren Ländern und Gesellschaften wider.

▶ Rassismus und rassistische Strukturen finden sich in allen Ebenen und Lebensbereichen. Institutionelle und strukturelle Machtsysteme in unserer Gesellschaft bestimmen den gleichberechtigten Zugang bzw. die Hindernisse, die Menschen ausschließen. Wir sind größtenteils sozialisiert in diesen Machtsystemen und regelmäßig der Tatsache ausgesetzt, dass wir oder unser Umfeld Rassismus reproduzieren.

Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist vor dieser Reproduktion nicht geschützt. Unterschiedliche Studien beweisen, dass eine Prägung rassistischer Wertung im eigenen Umfeld durch zum Beispiel Elternhaus, Regelsysteme, reproduzierten Bildern in der Öffentlichkeit etc. schon früh beginnt. Kindern und Jugendlichen, denen anhand von äußerlichen Merkmalen eine negativ bewertete Herkunft zugesprochen wird, sind früh im Leben Rassismus und Diskriminierung ausgesetzt.

Oftmals machen von Rassismus und rassistischer Diskriminierung Betroffene schon im Kindesalter traumatische Erfahrungen, die sie ein Leben lang begleitet. Die Beratungsarbeit bei ARIC-NRW e.V. unterstützt und begleitet Menschen individuell, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung wehren möchten. Gleichzeitig zeigen wir auf, an welcher Stelle der Gesetzgebung, institutioneller Regelungen etc. es Veränderungen bedarf, um Diskriminierung abzuschaffen und/oder den Diskriminierungsschutz zu verbessern. Mit der Bildungsarbeit im ARIC-NRW e.V. sensibilisieren wir einerseits auf allen Ebenen: Kommunen, Verwaltungen, Schulen, Akteure der freien Wirtschaft, Soziale Dienste, und weitere Regelsysteme zu Rassismus und rassistischer Diskriminierung. Gleichzeitig stärken wir von Rassismus Betroffene.

Zu unserer Positionierung als Einrichtung und zur Vorgehens- und Arbeitsweise bei ARIC-NRW e.V.:

Das Anti-Rassismus Informations-Centrum ARIC-NRW e.V. wurde 1993 in Duisburg gegründet. Anlass waren die rassistisch motivierten Anschläge wie in Mölln (1992), Solingen (1993) und anderen Städten. Auf unterschiedlichen Ebenen setzt sich ARIC-NRW e.V. gegen individuellen, strukturellen und institutionellen Rassismus ein.

Bewusst stellen wir unseren Ansatz öffentlich dar. Wir sind der Ansicht, dass dieses zentral ist, um unsere Arbeit richtig zu verstehen. Das ARIC-NRW e.V. ist keine Migrantenselbstorganisation. Menschen mit unterschiedlichen Positionierungen, Betroffene von Rassismus und Verbündete des rassismuskritischen Arbeitens widmen sich gemeinsam der Thematik. Der Einflussnahme unserer eigenen Prägungen in unsere Arbeitskontexte wirken wir entgegen, in dem wir unsere Ansätze und Perspektiven regelmäßig neu überdenken. Wir setzen unsere Antidiskriminierungsarbeit bewusst in Verbindung von Betroffenen von Rassismus und Verbündeten des rassismuskritischen Arbeitens um.

Die Begriffe Rassismus und rassistische Diskriminierung sind für uns dynamisch und verändern sich gesellschaftspolitisch. Die Definition dieser Begriffe ist einmal wissenschaftlich begründet, wobei uns hier der starke Einfluss einer weißen Wissenschaft bewusst ist. Zudem gibt es noch das Erfahrungswissen von Rassismus und rassistischer Diskriminierung Betroffener. Dieses kann einerseits eine emotional wahrgenommene Definition und andererseits eine eigene kognitive Dimension bedeuten. Uns ist es ein großes Anliegen, die jeweiligen Definitionen, Perspektiven und Expertisen gleichwertig zuzulassen und anzunehmen. Dieses stellt uns regelmäßig vor die Herausforderung, ARIC-spezifische Schlüsse aus der rassismuskritischen Perspektive zu ziehen und unsere Arbeit ständig neu auszurichten.

Rassismus und rassistische Diskriminierung

Rassismus in einer kurzen abschließenden Definition zu erklären, ist nicht möglich. Die Erscheinungsformen von Rassismus sind vielschichtig, zeitlich anpassungsfähig, variabel und flexibel. So können Erscheinungsformen von Rassismus gegenüber Schwarzen Menschen, Muslim*innen, Romn*ja und Sinte*zze, Jüd*innen stark variieren. Gemeinsam ist ihnen die Funktionsweise von Rassismus: Menschen werden anhand vermeintlich eindeutiger Merkmale als eine einheitliche Gruppe „der Anderen“ konstruiert. Der Gruppe werden Eigenschaften zugeschrieben, was eine Abwertung dieser Gruppe legitimiert und eine Aufwertung der eigenen Gruppe impliziert. Zuschreibungen zu eben diesen „Anderen“ werden in Bezug auf den Charakter, die Intelligenz, das Temperament und die Mentalität getroffen, welche sich meist in Abgrenzung zu der „eigenen“ Gruppe als minderwertig und nicht-dazugehörig darstellen. In Folge dessen kommt es zu „[...] Handlungen der Verachtung, Benachteiligung, Ausgrenzung und Unterdrückung bis hin zur physischen Vernichtung von Menschen [...]“.¹ Religion, Herkunft, Nationalität oder Hautfarbe dienen als gesellschaftliche Legitimation, um die vermeintlich rassifizierten Anderen auszugrenzen, zu unterdrücken und damit rassistisch zu diskriminieren.²

Was bedeutet Rassismus für Betroffene im Alltag?

Die Alltäglichkeit von Rassismus bekommen Kinder und Jugendliche mit Rassismuserfahrungen in allen Lebensbereichen und in unterschiedlicher Weise zu spüren. Auf der diskursiven Ebene entsteht rassistisches Wissen durch die Medien und wirkt auf individueller, institutioneller und struktureller Ebene so, dass von Rassismus betroffene Kinder und Jugendliche Ungleichbehandlungen und Würdeverletzungen kontinuierlich ausgesetzt sind,³ auch wenn sie aufgrund unterschiedlicher Gesetze rechtlich⁴ dagegen geschützt sein sollten.

Individueller Rassismus

Spricht man von individuellem Rassismus, meint dies rassistische Verhaltensweisen auf der interpersonalen Ebene von einer bekannten/unbekannten Person oder Personengruppen. Die rassistischen Äußerungen und Handlungen greifen die Würde oder auch die körperliche Unversehrtheit an und können offen oder subtil sein.⁵ Die betroffenen Personen erleben mitunter auch immer wiederkehrende Verhaltensweisen, die „[...] einen Unterschied markieren⁶ und dauerhaft eine Grenze etablieren zwischen ‚uns‘ und ‚ihnen‘“.⁷

Anonymisierte Beispiele aus der Beratungspraxis:

Zara wird immer wieder von ihrem Lehrer angesprochen: „Du trägst Kopftuch. Was machst du eigentlich auf dem Gymnasium? Später wirst du doch eh verheiratet und Hausfrau sein.“

Bei einem Fußballspiel wird Niklaas, als Schwarzer Fußballspieler mit Affenlauten kommentiert, ohne dass jemand was dagegen sagt.

Institutioneller Rassismus

Unter Institutionellem Rassismus wird eine diskriminierende Praxis verstanden, in welcher Rassismus durch Abläufe und (Verhaltens-)Vorgaben wirkt. Dabei handelt es sich um institutionalisierte Abläufe, beispielsweise in Schulen oder Vereinen, die oft unsichtbar sind.

Besonders die rassistischen Ausgrenzungspraxen in Kitas und Schulen, bilden eine alltägliche und häufige Erfahrung für viele Kinder und Jugendliche, die tief verankert ist.⁸ Im deutschen Schulsystem herrscht eine Chancenungleichheit, die sich auf die schulische Laufbahn und in der Folge auch auf die beruflichen Perspektiven auswirkt. Deutlich wird dies beispielsweise in der Vergabe von Noten. Mehrere Studien belegen die Schlechterbehandlung und Ausgrenzungspraxis, z. B. dass Aufsätze von Schüler*innen mit einem nicht-deutsch klingenden Namen im Schnitt schlechter bewertet werden⁹. Auch in der Feststellung von För-

derbedarfen und Übergangsempfehlungen an weiterführende Schulen, erfahren von Rassismus betroffene Kinder und Jugendliche Ungleichbehandlung. „Viele Untersuchungen kommen [...] zu dem Schluss, dass selbst nach Kontrolle sozioökonomischer Faktoren ethnische Ungleichheiten bestehen.“¹⁰

Anonymisierte Beispiele aus der Beratungspraxis:

Mina wird von ihrer Lehrerin nichts zugetraut. Sie geht davon aus, dass Mina schlechter in der Schule sein wird, da ihre Eltern nach Deutschland migriert sind. Deshalb wird sie im Unterricht weniger drangenommen, sodass Mina eine schlechtere Note in Mitarbeit bekommt.

Leo wird im Bus als einziger Schwarzer Jugendlicher in seiner Clique bei der Fahrkartenkontrolle nach dem Ausweis gefragt und das immer wieder.

Cans Mutter darf ihren Sohn nicht mehr in den Räumlichkeiten des Vereins abholen, weil Kopfbedeckungen in den Vereinsräumen verboten sind.

Struktureller Rassismus

Strukturelle Barrieren zeigen sich in Regeln, Normen und Bildern, die sich aufgrund rassistischer Ideologie zeigen und wiederum soziale Abläufe formen.¹¹ In Deutschland erfahren geflüchtete Kinder und Jugendliche massive Ungleichbehandlung durch Gesetze. Beispielsweise leben Kinder in Unterkünften wie Erstaufnahmeeinrichtungen nicht in einem kindgerechten Umfeld oder habe einen erschwerten Zugang zur Teilhabe an Bildung.¹² Dieses widerspricht der Kinderrechtskonvention. Auch, dass männliche geflüchtete Jugendliche häufig Racial Profiling durch die Polizei erleben, zeigt die strukturelle Verankerung von rassistischen Bildern.

Anonymisierte Beispiele aus der Beratungspraxis:

Abed lebt in einem Stadtteil, das von der Polizei als „Maghreb-Viertel“ bezeichnet wird. Polizist*innen führen dort gezielt eine Razzia durch und kontrollieren laut eigenen Angaben Personen, welche sie als „nordafrikanisch“ identifizieren. Abed erlebt an diesem Tag Racial Profiling durch die Polizei.

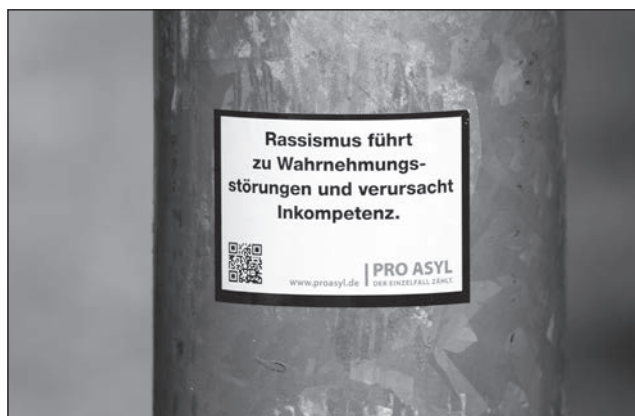
Diskursiver Rassismus

Rassismus manifestiert sich letztendlich als „Wissen über die Anderen“ in den Diskursen, was ihn auch gleichzeitig stabilisiert und legitimiert. Gesellschaftliche Norm- und Wertvorstellungen formen dabei das Denken und Reden über „Uns“ und die „Anderen“. Es kommt zu einer Produktion und auch Reproduktion in der Wissenschaft, in Schulbüchern, in den Medien¹³, der Politik oder im Kolleg*innenkreis.¹⁴

Vor allem männlich, muslimisch gelesene Jugendliche werden in den Medien häufig als gewalttätig, kriminell und frauenverachtend dargestellt. Dies kann dann auf institutioneller und individueller Ebene wiederum zu massiven Rassismuserfahrungen führen und für die betroffenen Personen individuelle Ungleichbehandlung und Herabwürdigung bedeuten.

Anonymisierte Beispiele aus der Beratungspraxis:

Diara ist in ihren Schulbüchern immer wieder mit rassistischen Afrikabildern konfrontiert und bei Gesprächen darüber wird im Unterricht das N-Wort von der Lehrerin immer wieder reproduziert.



Umgang mit Rassismuserfahrungen

Kinder und Jugendliche mit Rassismuserfahrungen vertrauen sich Bezugspersonen ohne solche Erfahrungen häufig nicht an. Das liegt daran, dass ihnen ihre Wahrnehmungen oft abgesprochen oder heruntergespielt werden. Manchmal ist dieses Verhalten in dem Wunsch begründet, der betroffenen Person zu helfen, aber es bewirkt genau das Gegenteil. Es führt dazu, dass von Rassismus betroffene Kinder und Jugendliche sich nicht ernst genommen fühlen, was wiederum zur erschwerten Bewältigung des Erlebnisses führen kann oder dazu, dass sie diese Erfahrungen nicht mehr benennen, sich zurückziehen.¹⁵ Rassismuserfahrungen auf allen Ebenen sind Gewalterfahrungen, die für den betroffenen (jungen) Menschen eine Erfahrung der Ohnmacht sowie der Herabsetzung der eigenen Person und Würde sein können.

Empowerment und Powersharing

Mit diesem Verständnis von Rassismus(erfahrungen) wird deutlich, dass eine Antwort darauf Empowerment, Powersharing und Verbündetenarbeit sein kann und muss: Denn Ausgangspunkt ist das Verständnis von Rassismus als ein gesellschaftliches Machtverhältnis, das eine ungleiche Teilhabe und Ressourcenverteilung innerhalb von Gesellschaft produziert. Macht(Power) ist also das Schlüsselwort, um gesellschaftliche Ungleichheit, innerhalb derer Rassismuserfahrungen stattfinden, zu verstehen und zu verändern.

Empowerment ist eine Antwort auf gesamtgesellschaftliche Entmächtigung und Diskriminierung und wurde nicht zufällig erstmals durch die Schwarze Bewegung in den USA benannt. Empowerment ist ein politischer Begriff und (kollektiver) emanzipatorischer Prozess der (Selbst)ermächtigung mit dem Ziel, selbstbestimmt und als politisches Subjekt (wieder) handlungsfähig zu werden und die Gesellschaft aktiv mitzugestalten.¹⁶

Bei ARIC-NRW e.V. verstehen wir Empowerment als einen wechselseitigen individuellen und kollektiven Prozess. In unseren Trainings zum Beispiel machen wir die Erfahrung, dass Empowermentprozesse sowohl ganz individuell, als auch kollektiv angestoßen werden können: Über Rassismuserfahrungen zu sprechen, sie und den Umgang damit zu teilen, kann sowohl den einzelnen (jungen) betroffenen Menschen stärken, als sich auch in das kollektive Bewusstsein weitertragen: Die Jugendlichen erfahren eine Stärkung auch in der Gruppe und tragen diese weiter, z. B. in familiäre Kontexte.

Powersharing als Leitprinzip

Empowerment bringt nicht nur einen Stärkungsprozess oder Lösungsansatz für von Rassismus betroffenen Menschen mit sich, sondern auch eine Aufforderung an diejenigen, die nicht von Rassismus betroffen sind und als Verbündete aktiv werden wollen: „Powersharing“ ist v. a. ein Appell an diese, die eigene Macht anzuerkennen und sie zu nutzen, indem sie mit anderen geteilt wird, die weniger Macht haben, so dass sich diese selbst empowern können. Denn Empowerment findet immer auf der Grundlage der eigenen Selbstdefinition und selbstbestimmten Bedürfnisse und Prioritäten statt.¹⁷

In der Praxis bedeutet das, sich an die Seite von Forderungen der von Rassismus betroffenen (jungen) Menschen zu stellen und sie mitzutragen. Zugleich erfordert dieses, sich zurückzuhalten, offen zuzuhören und selbstreflexiv zu lernen. Dabei können konkrete Fragen unterstützen: Wie werden (in unserer Einrichtung/ in unserem Projekt) Ressourcen verteilt und Entscheidungen getroffen? Welche Aufgaben darf ich für von Rassismus betroffene Gruppen übernehmen? Wo kann ich Verantwortung abgeben oder teilen? Und aus welchen Räumen ziehe ich mich besser komplett zurück?¹⁸

Empowerment und Powersharing als Querschnittsaufgabe

Rassismus ist eine Alltagserfahrung für (junge) betroffene Menschen und ein (struktureller) Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit. Um dieses zu verändern, braucht es ein tiefes Verständnis und kritisches Bewusstsein über Rassismus in den Einrichtungen. Denn nur da, wo dessen Alltäglichkeit und strukturelle Verankerungen verstanden werden, wird auch die Notwendigkeit von Empowerment für betroffene (junge) Menschen erkannt. Empowerment und Powersharing werden somit zur essentiellen Querschnittsaufgaben in der Kinder- und Jugendarbeit. ■

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (2016): „Einen Gleichwertigkeitszauber wirken lassen...“ Empowerment in der offenen Kinder- und Jugendarbeit verstehen.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2013): Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben. Berlin.
- ARIC-NRW e.V./Projekt Kompass F (2019): Empowerment als professionelle Haltung. In: Diskriminierungsschutz in der Sozialen Arbeit mit geflüchteten Menschen. Prävention und Intervention. Arbeitshilfe. Köln. https://www.kompass-f.de/fileadmin/public/Redaktion/Dokumente/PDF/Kompass_F-Arbeitshilfe_Web.pdf [05.05.2020]
- ARIC-NRW e.V./Projekt Kompass F (2018): Praxisstudie Diskriminierungsrisiken & Diskriminierungsschutz für geflüchtete Menschen in NRW. Köln. https://www.kompass-f.de/fileadmin/public/Redaktion/Dokumente/PDF/Kompass_F-Praxisstudie_fin-web.pdf [05.05.2020]
- ARIC-NRW e.V./Projekt Erkennen lernen (2019): Erkennen lernen. Das (Nicht-)Erkennen von Traumata – Stereotype und Vorurteile gegenüber Geflüchteten als Erklärung für „verweigerndes Lernverhalten“. Duisburg. https://aric-nrw.de/files/aricnrw/docs/pdf/Handreiche_DaZ.pdf [05.05.2020]
- Bundeszentrale für politische Bildung online (2017): „Was ist Hate Speech?“ <https://www.bpb.de/252396/was-ist-hate-speech> [05.05.2020]
- Bühl, Achim (2016): Rassismus. Autonomie eines Machtverhältnisses. Wiesbaden.
- Can, Halil (2008): Empowerment und Powersharing als politische Handlungsmaxime(n). Strategien gegen Rassismus und Diskriminierung in »geschützten« People of Color-Räumen – das Beispiel der Empowerment-Initiative HAKRA. In: Bundschuh, Stephan/Birgit Jagusch/Hanna Mai (Hrsg.). S. 53-56.
- Kattmann, U. (2015): Rassen? Gibt's doch gar nicht! Bundeszentrale für politische Bildung. URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/213673/rassen-gibt-s-doch-gar-nicht> [26.04.2020]

Melter, Claus (2006): Rassismuserfahrungen in der Jugendhilfe. Eine empirische Studie zu Kommunikationspraxen in der Sozialen Arbeit. Münster.

Nguyen, Toan Quoc (2013): Es gibt halt sowas wie ein Marionettentäter. Schulisch-institutionelle Rassismuserfahrungen, kindliche Vulnerabilität und Mikroaggressionen. In Zeitschrift für internationale und Entwicklungspädagogik 36 (2013) 2, S. 20-24.

Rosenstreich, Gabriele (2006): Von Zugehörigkeiten, Zwischenräumen und Macht: Empowerment und Powersharing in interkulturellen und Diversity-Workshops. In: Elverich, Gabi; Kalpaka, Annita; Reindlmeier, Karin (Hg.): Spurensicherung – Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungs-gesellschaft. Frankfurt a.M./London.

Terkessidis, Mark (2010): Interkultur. Berlin.

Velho, Astride (2016): Alltagsrassismus erfahren. Prozesse der Subjektbildung- Potentiale der Transformation. Frankfurt am Main.

Wegschaider, Klaudia (2018): Bildung. In Faktensammlung Diskriminierung. Kontext Einwanderungsgesellschaft. S.74-91.

Anmerkungen

- 1 Lexikon der Psychologie 2001, S. 416; zit. n. Melter, 2006, S. 19.
- 2 Vgl. Kattmann 2015.
- 3 Vgl. Velho 2016.
- 4 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schützt in den Bereichen Arbeit, Wohnungsmarkt und Zugang zu Waren und Dienstleistungen vor Diskriminierung jeglicher Art. Versäumnisse des AGG sind, dass sie nicht die Diskriminierung im Bereich Bildung und Behörden abdecken. Außerdem darf nach UN-Kinderrechtskonvention Artikel 2 kein Kind aufgrund der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, einer Behinderung, der Geburt oder des sonstigen Status' des Kindes, seiner Eltern oder seines Vormunds benachteiligt werden.
- 5 Vgl. Melter 2006; Aric NRW e.V., 2018; Bühl, 2016, Aric NRW e.V. 2019.
- 6 Othring.
- 7 Vgl. Terkessidis 2010, S. 18.
- 8 Vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2013.
- 9 Vgl. Wegschaider 2018.
- 10 Wegschaider, 2018, S. 75.
- 11 Vgl. Melter 2016; ARIC-NRW e.V. 2018; Melter 2006; ARIC-NRW e.V. 2019b; Velho 2016.
- 12 Vgl. ARIC-NRW e.V. 2019b.
- 13 In diesem Zusammenhang werden Kindern und Jugendlichen besonders durch die Nutzung von Social Media mit Rassismus konfrontiert. Hier ist besonders „Hate Speech“ als Form des diskursiven Rassismus zu nennen. Die rassistischen Sagbarkeiten im Netz führen dann wiederum auch leichter zu rassistischer Diskriminierung in realen Kontexten (bpb 2017).
- 14 Vgl. Velho 2016; ARIC-NRW e.V., 2018; Bühl, 2016, ARIC-NRW e.V. 2019b.
- 15 Vgl. Melter 2006; Wegschaider 2018.
- 16 Vgl. Can 2011; Amadeu Antonio Stiftung 2016, S. 7.
- 17 Vgl. Rosenstreich 2006, S. 197.
- 18 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2016, S. 14.



Gülgün Teyhani (Diplom-Sozialwissenschaftlerin und Systemische Beraterin, Co-Geschäftsführung von ARIC-NRW e.V.)

Christina Roth (Ergotherapeutin, B.A. und Systemische Beraterin, Antidiskriminierungsberaterin bei ARIC-NRW e.V.)

Lisa-Marie Rüter (M.A. Empowerment Studies, B.A. Soziale Arbeit, Koordinatorin des Bildungsbereiches bei ARIC-NRW e.V.)

■■■■■ O-TÖNE

„Was ich oftmals gemacht hab‘ ist, zum Opfer gegangen und gesagt »Hey, alles gut?«. Und wenn er dann schon so 'n Signal gibt »Nee.«, dann rufe ich auch 'mal die Polizei.“ (Jugendlicher zum Thema „Erfahrungen mit Rassismus“)

„Zum Glück hab‘ ich solche Dinge, solche Diskriminierungen, immer nur auf belebter Straße erfahren, überall, wo mir halt Menschen helfen könnten. Deswegen weiß ich eben nicht, ob ich in dem Moment, wenn ich allein wäre gegen eine Gruppe, und es ist vielleicht dunkel, und ich kann mir vielleicht keine Hilfe suchen – also da würde ich vielleicht zweimal überlegen, ob ich da jetzt eingreifen würde.“ (Jugendlicher zum Thema „Erfahrungen mit Rassismus“)

„Ich wäre dazwischen, such wenn ich auf die Fresse bekommen hätte [...]. Wenn's mehrere Leute sind, alle größer, alle stärker. Ich hätte mich eingemischt. Ich hätte davor die Polizei gerufen oder geschrien »Hilfe, Hilfe!«. Lieber kriegen zwei Leute 50:50 Schläge als einer 100 und der andere 0.“ (Jugendlicher zum Thema „Erfahrungen mit Rassismus“)

„Worte, die man bekommt, die schleppt man immer mit sich rum.“ (Jugendlicher zum Thema „Erfahrungen mit Rassismus“)

(aus: Hagedorn, Tanja / Higgen, Malte: Ich geh dazwischen. In: Filmreihe Alltagsrassismus. Ein Projekt des Fachbereichs Jugend & Freizeit, Kinder- und Jugendschutz und Haus der Jugend Barmen (Close Up Theater). Hrsg. v. Medienprojekt Wuppertal, 2019.)

■■■■■ THEMA

Sophie Brüss / Sebastian Mohr

Rassismus und Antisemitismus



Die Arbeit der Servicestelle SABRA

Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.

Definition nach International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)

Die Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit und Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA) ist eine zivilgesellschaftliche Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit in Nordrhein-Westfalen (NRW), mit Sitz in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Sie dient seit September 2017 sowohl Menschen mit Diskriminierungserfahrung und ihren Angehörigen als auch für Institutionen und Multiplikator*innen als Beratungsstelle. SABRA ist Teil der Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit in NRW und des durch das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW initiierten Programms der Integrationsagenturen. Seit ihrer Gründung im Jahr 2017 hat SABRA (hebr. für „Kaktus“) sich in vier Bereichen der Antidiskriminierungsarbeit, nämlich Beratung, Prävention, Netzwerk- und Gremienarbeit sowie dem Monitoring, aufgestellt und vernetzt.

Die Beratungen erfolgen in Deutsch, Englisch, Französisch und Russisch. Ein besonderer Fokus der Arbeit von SABRA liegt auf der Beratung für von Antisemitismus betroffene Menschen. Mit dieser spezifischen Schwerpunktsetzung unterscheidet sich die Tätigkeit von SABRA zu einem gewissen Grad von den weiteren

zwölf landesweiten Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit. Als Grundlage für die Arbeit von SABRA dient die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die im September 2017 von der Bundesregierung durch Kabinettsbeschluss übernommen wurde. Die Definition lautet: *Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen. Ergänzt wurde die Definition durch den Satz: Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.*

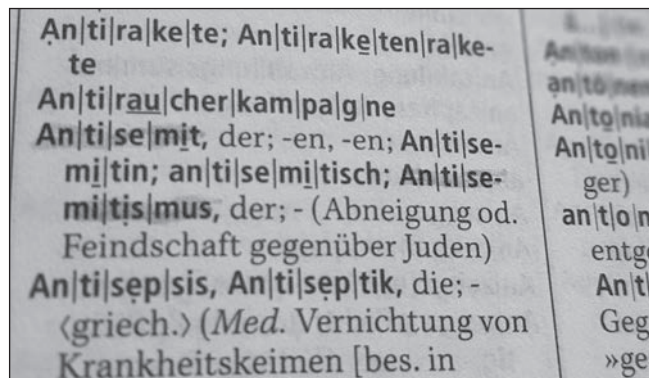
Mit dieser Definition werden alle Erscheinungsformen des Antisemitismus berücksichtigt, sowohl der klassische Antisemitismus als auch der sekundäre und der israelbezogene Antisemitismus. Ebenfalls betont die IHRA-Definition explizit die jüdische Betroffenenperspektive, die allzu häufig in Diskussionen über Antisemitismus vernachlässigt wird.

SABRA befindet sich in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf und ist an deren gemeindeinterne Sozialabteilung angegliedert. Die Jüdische Gemeinde Düsseldorf ist mit rund 7.000 Mitgliedern nach Berlin und München die drittgrößte jüdische Gemeinde Deutschlands und Mitglied im Landesverband Jüdischer Gemeinden von Nordrhein. Neben der Sozialabteilung gehören das Nelly-Sachs-Haus, als Elternheim der Gemeinde, die Yitzhak-Rabin-Grundschule, die Religionsschule, an der Schüler*innen einen staatlich anerkannten Religionsunterricht besuchen können, eine Kindertagesstätte sowie das Albert-Einstein-Gymnasium der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf an. Das außerschulische Angebot bilden das Siegfried-Klein-Jugendzentrum, die Kulturakademie für Kinder und Jugendliche sowie der Sportverein TuS Maccabi Düsseldorf. Ein kulturpädagogisches Programm für die Gemeindemitglieder, zu dem auch öffentliche Führungen durch die Synagoge gehören, rundet das Angebot der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf ab.

Nordrhein-Westfalen gilt allgemein als das Bundesland mit der größten Anzahl an Jüd*innen in Deutschland, wodurch die Notwendigkeit einer Anlaufstelle für von Antisemitismus betroffene Menschen in NRW offensichtlich wird. Jüd*innen waren jedoch in der Bundesrepublik auch nach der Shoa weiterhin Aggressionen und Anfeindungen aus verschiedenen politischen Milieus ausgesetzt. Nicht umsonst müssen jüdische Kindergärten, Schulen und Synagogen durch Schleusen, hohe Mauern und Kameras gesichert werden. Doch auch wenn Antisemitismus in Deutschland stets präsent war, hat dieser in den letzten Jahren eine neue Qualität angenommen, die viele Jüd*innen verunsichert und vermehrt die Frage nach Auswanderung aufkommen lässt.

Die Ergebnisse einer 2017 in Auftrag gegebenen Studie, die die jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus beleuchtet, waren dahingehend extrem besorgniserregend.¹ So gab fast ein Drittel der Befragten an, in den vergangenen zwölf Monaten verbal beleidigt oder belästigt worden zu sein. 70 Prozent der Befragten trugen aufgrund der erwarteten Gefahren keine äußerlich erkennbaren jüdischen Symbole, 91 Prozent äußerten eine stark oder sehr stark empfundene Belastung durch Antisemitismus. Zwar sind Jüd*innen primär betroffen, jedoch ist Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Problem und ein akutes Zeichen einer sich bedrohlich radikalisierenden Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund bietet SABRA Sensibilisierungswshops für Schulen, soziale Einrichtungen, Unternehmen und Behörden in NRW an. Darüber hinaus richtet SABRA Workshops für Schüler*innen und Besucher*innen der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf aus. Ein besonderer Fokus ist der Bereich der Fortbildungen für Lehrkräfte, Pädagog*innen, Sozialarbeiter*innen und Multiplikator*innen in NRW. Zahlreiche Anfeindungen gingen nicht nur von (Mit-) Schüler*innen, sondern auch von Lehrkräften aus. Häufig werden Anfeindungen ignoriert oder bagatellisiert, so dass die Eltern der betroffenen Schüler*innen sich in der Vergangenheit des Öfteren gezwungen sahen, ihre Kinder von der Schule zu nehmen. Beispielsweise musste eine jüdische Schülerin, Enkelin von Shoa-Überlebenden, an einem Gymnasium in NRW eine sogenannte „Schlussstrichdebatte“ gegen die gesamte Klasse und ihre Lehrerin führen. Nachdem sich die Eltern bei der Schulleitung beschwert hatten, meinte diese, dass es sich um ein Missverständnis handeln müsse und da diese Vorwürfe die Lehr-



kraft sehr belasten würden, würden keine weiteren Schritte folgen. Dieser Fall ist symptomatisch für Antisemitismus an Schulen.

Im November 2019 unterzeichneten der damalige Verwaltungsdirektor der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf Michael Szentzei-Heise und NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer in Anwesenheit der Antisemitismusbeauftragten des Landes NRW, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, eine Kooperationsvereinbarung. Damit kann SABRA der stetig wachsenden Nachfrage an Fortbildungen im pädagogischen Bereich auch zukünftig entsprechend nachkommen. Laut der Vereinbarung stellt das Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf ab dem Frühjahr 2020 eine abgeordnete Lehrkraft zur Seite, die die Arbeit von SABRA an Schulen bei der Vorbeugung und bei Fällen von Antisemitismus unterstützen wird.

Die Fortbildungen, die SABRA anbietet, orientieren sich an den Bedarfen der jeweiligen Einrichtungen oder Institutionen und deren Mitarbeiter*innen. Die drei wesentlichen Säulen der Fortbildungen sind erstens das Erkennen von antisemitischen Äußerungen oder Handlungen in all ihren Erscheinungsformen, zweitens die Sicherheit im Umgang mit eben diesen Äußerungen und Handlungen, ob diese von Seiten der Kolleg*innen, Vorgesetzten oder Schüler*innen geäußert bzw. getätigt werden sowie drittens das Erlernen von Methoden zur Antisemitismusprävention.

Darüber hinaus erarbeitet SABRA seit dem Frühjahr 2019 unter dem Namen MALMAD (hebr. für „Stachel“ bzw. „lernen“) einen „virtuellen Methodenkoffer gegen Antisemitismus“ mit den Schwerpunkten Antisemitismus, Judentum, Israel sowie Demokratie und Menschenrechte. Ziel des Projekts ist es, Materialien für Lehr- und Fachkräfte zur Antisemitismusprävention an Schulen und anderen Bildungs- oder Freizeiteinrichtungen auf einer eigens dafür konzipierte Website kostenlos zur Verfügung zu stellen. So wie in einem herkömmlichen Methodenkoffer werden hier Materialien und Methoden für die Antisemitismusprävention gesammelt und geprüft, da viele Lehrmaterialien und Methoden zu den bereits erwähnten Themen oft tradierte Mythen und Stereotypen weitertragen anstatt darüber aufzuklären. Ebenfalls wird MALMAD auf bereits existierende regionale sowie überregionale Bildungsangebote als auch Exkursionsziele mit dem Schwerpunkt jüdisches Leben in NRW verweisen. Diese können auch zum Beispiel für Jugendfreizeiteinrichtungen genutzt werden, die planen, sich mit jüdischem Leben vor Ort zu beschäftigen und so einen Beitrag zur Antisemitismusprävention leisten wollen. Auch wird MALMAD einige niedrigschwellige und theaterpädagogische Methoden zur Verfügung stellen, die sich ebenso gut für die außerschulische Bildung eignen.

Ein weiteres wichtiges, wenn auch der Beratung Betroffener und der Fortbildung für Lehrkräfte und Multiplikator*innen zur Antisemitismusprävention nachgeordnetes Tätigkeitsfeld, ist die Erfassung antisemitischer Handlungen in NRW. Um dies zu bewerkstelligen, können antisemitische Vorfälle, die sich in NRW ereignen, auf der Website von SABRA gemeldet werden. Dabei orientiert sich SABRA an den inhaltlichen Standards der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), die mit ihrer im Sommer 2015 ursprünglich nur für Berlin eingerichteten Meldeseite www.report-antisemitism.de, die mittlerweile wohl bundesweit bekannteste Meldestelle für antisemitische Vorfälle bereitstellt.

Außerdem führte SABRA 2019 im Auftrag der Antisemitismusbeauftragten des Landes NRW und in Kooperation mit der Kölnerischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und dem Bildungsverein bagrut e.V. eine bislang unveröffentlichte qualitative Befragung jüdischer Menschen aus NRW durch. Die Ergebnisse dieser Studie, die den Arbeitstitel *Problembeschreibung Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen* trägt, sollen als Grundlage für weiterführende Maßnahmen zivilgesellschaftlicher sowie staatlicher Akteur*innen im Bereich der Antisemitismusprävention dienen.

Aufgrund der nun fast drei Jahre andauernden kontinuierlichen Tätigkeit hat sich SABRA Vertrauen in den Gemeinden des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden Nordrhein erarbeitet. Auch verfügt SABRA über weitreichende Kontakte im Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe, der Synagogen-Gemeinde Köln und dem Landesverband progressiver jüdischer Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, wodurch SABRA mit allen vier in NRW ansässigen jüdischen Landesverbänden im Austausch steht.

Als zivilgesellschaftliche Akteurin und durch die Kombination von Beratung, Netzwerk- und Bildungsarbeit sowie der Erfassung antisemitischer Vorfälle stellt SABRA eine breit aufgestellte und niedrigschwellige Anlauf- und Fachstelle dar, sowohl für Betroffene als auch Multiplikator*innen sowie Akteur*innen aus Politik, Verwaltung, Sicherheitsbehörden und Medien. Als solche ist sie in zahlreichen landes- und bundesweiten Gremien, Arbeitskreisen und Netzwerken vertreten im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung und Extremismus. Nicht zuletzt die Eigenschaft als Schnittstelle zwischen jüdischer Community, regionalen Initiativen, Landespolitik und bundesweiten, antisemitismuskritischen Netzwerken, ist ein Ergebnis des mehrdimensionalen Ansatzes, den SABRA seit ihrer Gründung 2017 verfolgt. ■

Anmerkung

1 Zick, Andreas Hövermann, Silke Jensen und Julia Bernstein. Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus. Bielefeld 2017.



Sophie Brüss studierte romanische Philologie und Volkswirtschaftslehre in Bonn und absolvierte eine Zusatzausbildung zur Theaterpädagogin in Köln. Seit mehr als 15 Jahren setzt sie sich beruflich und künstlerisch mit Antisemitismus auseinander. 2017 wurde sie mit dem Aufbau von SABRA betraut, wo sie aktuell als Referentin für Antidiskriminierungsarbeit angestellt ist.

Sebastian Mohr ist Politikwissenschaftler und koordiniert seit Januar 2020 als fachlicher Projektleiter, in enger Absprache mit der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit SABRA, die Umsetzung des Projektes „Kein Platz für Antisemitismus auf deutschen Sportplätzen“ in Kooperation mit Makkabi Deutschland e.V. für die Region Düsseldorf.

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Im Sportunterricht habe ich ‘mal einen Korb beim Basketball geworfen. Ich bin total schlecht im Basketball. Und dann sagt einer: »Das hast du nur geschafft, weil du schwarz bist. Ihr Schwarzen könnt doch alles.«“ (Jugendliche zum Thema „Erfahrungen mit Rassismus“)

(aus: Hagedorn, Tanja / Higgen, Malte: Ich geh dazwischen. In: Filmreihe Alltagsrassismus. Ein Projekt des Fachbereichs Jugend & Freizeit, Kinder- und Jugendschutz und Haus der Jugend Barmen (Close Up Theater). Hrsg. v. Medienprojekt Wuppertal, 2019.)

„Entweder du duckst dich und sagst gar nicht, dass du Jude bist oder du musst die beste sein, dich am besten auskennen über alles.“ (Ira, Schülerin)

(aus: Bernstein, Julia u. a.: „Mach mal keine Judenaktion!“. Herausforderungen und Lösungsansätze in der professionellen Bildungs- und Sozialarbeit gegen Antisemitismus. Forschungsbericht, Frankfurt a. M. 2018 [www.frankfurt-university.de/antisemitismus-schule], S. 56.)

„Ich saß ganz leise und hatte schreckliche Angst, dass meine Freundin, die hinter mir saß und wusste, dass ich jüdisch bin, was sagt. Ich habe dann nichts gesagt, und ich bin sicher, wenn ich was gesagt hätte, wäre ich das Opfer für die restliche Zeit der Schule geworden.“ (Lina, Schülerin)

(aus: Bernstein, Julia u. a.: „Mach mal keine Judenaktion!“. Herausforderungen und Lösungsansätze in der professionellen Bildungs- und Sozialarbeit gegen Antisemitismus. Forschungsbericht, Frankfurt a. M. 2018 [www.frankfurt-university.de/antisemitismus-schule], S. 58.)

„Ich selber habe das Gefühl, dass Rassismus etwas Primitives ist.“ (Jugendlicher zum Thema „Erfahrungen mit Rassismus“)

(aus: Hagedorn, Tanja / Higgen, Malte: Ich geh dazwischen. In: Filmreihe Alltagsrassismus. Ein Projekt des Fachbereichs Jugend & Freizeit, Kinder- und Jugendschutz und Haus der Jugend Barmen (Close Up Theater). Hrsg. v. Medienprojekt Wuppertal, 2019.)



THEMA JUGEND KOMPAKT 3 (2018)

Erfahrungen mit Rassismus im pädagogischen Alltag

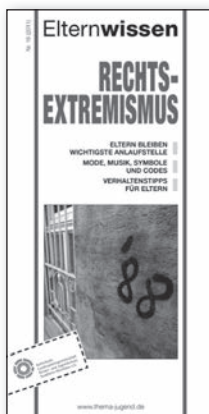
Eine Einführung zum Thema Rassismus für Fachkräfte in Jugendhilfe und Schule

Das Aufwachsen und Leben in unserer Gesellschaft ist auch von der Auseinandersetzung mit vielfältigen – auch rassistischen – Ausgrenzungserfahrungen geprägt. Dies erfolgt auch in pädagogischen Handlungsfeldern; gleichzeitig finden diese gerade hier wenig Aufmerksamkeit. Die Rassismuserfahrungen der Jugendlichen werden von Pädagoginnen und Pädagogen oft nicht wahrgenommen oder bagatellisiert. Auch für die Jugendlichen sind sie oft unaussprechbar.

Doch wie kann eine professionelle Begleitung gelingen, wenn weder die Verletzlichkeit und die daraus resultierende prekäre Zugehörigkeit noch der aktive Umgang der Jugendlichen damit Anerkennung finden?

Diese Ausgabe der THEMA JUGEND KOMPAKT bietet Lehrkräften, Pädagoginnen, Pädagogen und allen, die sich mit der Normalität des Rassismus in ihrem beruflichen oder ehrenamtlichen Umfeld auseinandersetzen wollen, eine kurze und praktische Einführung. Sie regt an zu einem professionellen Umgang, der die Kunst des Zuhörens und das Öffnen von Räumen in den Mittelpunkt stellt.

Ein Exemplar kostet 2 Euro (zzgl. Versandkosten), Bestellungen per E-Mail an info@thema-jugend.de. Als PDF-Datei zum kostenfreien Herunterladen steht das Heft zur Verfügung unter www.thema-jugend.de/publikationen/thema-jugend-kompakt/.



Elternwissen Nr. 16 (2011)

Rechtsextremismus

Diese Ausgabe aus der Reihe Elternwissen bietet Grundinformationen für Eltern zum Thema „Rechtsextremismus“ und wie sie ihre Kinder schützen können.

Gezielt will die Broschüre all diejenigen ansprechen, deren Kinder in die rechtsextreme Szene geraten sind oder davorstehen, in diese zu geraten. Politische Bewegungen versuchen, mit ihren Jugendorganisationen auch Kinder und Jugendliche für ihre Sache zu gewinnen.

Die Handreichungen der Ausgabe unterstützen Eltern und Angehörige im Umgang mit ihren Kindern und informieren sie über Merkmale und Hintergründe rechtsextremer und rechtspopulistischer Orientierungen.

Ein Ansichtsexemplar ist kostenfrei erhältlich, weitere Staffelpreise sind einsehbar unter www.thema-jugend.de/publikationen/elternwissen, Bestellungen per E-Mail an info@thema-jugend.de. Zum kostenfreien Herunterladen steht die Broschüre als PDF zur Verfügung unter www.thema-jugend.de/publikationen/elternwissen/.



Eden Mengis / Ansgar Dücker

Antidiskriminierung, Rassismuskritik und Diversität

105 Reflexionskarten für die Praxis

Wie viele Angriffe gab es 2017 auf Muslim*innen und muslimische Einrichtungen? Was verbirgt sich hinter dem Begriff Antiziganismus? Wie kann ich mich verhalten, wenn ich beobachte, dass jemand aufgrund seiner sexuellen Orientierung beleidigt wird?

In der Box sind 105 Karten zu finden, auf denen Rassismus, Diskriminierung und Diversität auf fünf verschiedene Arten und in fünf Kategorien thematisiert wird: in Begriffen, in Konzepten und Methoden rassistischer und kultursensibler Denkweisen, in Aussagen aus dem öffentlichen Leben und statistischen Zahlen.

Die Karten sind geeignet für die Gruppenarbeit mit Menschen ab 14 Jahren, um über diese Themen miteinander ins Gespräch zu kommen. Sie helfen, Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen angemessen zu thematisieren und tragen zur (Selbst-)Reflexion bei.

Das Kartenset ist ein guter Einstieg in Bildungsprozesse und Diskussionen für gesellschaftliche Offenheit und Vielfalt, gegen Rassismus und Diskriminierung.

In dem 20-seitigen Booklet geben die Autor*innen ausführliche Hinweise zum pädagogischen Einsatz der Karten, erläutern Fachbegriffe und empfehlen weiterführende Literatur und Ansprechpartner*innen in diesem Themenfeld pädagogischer Arbeit.

29,95 Euro, Beltz Juventa, Weinheim 2019.



Alice Hasters

Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen aber wissen sollten

Warum ist es eigentlich so schwer, über Rassismus zu sprechen?

„Darf ich mal deine Haare anfassen?“, „Kannst du Sonnenbrand bekommen?“, „Wo kommst du her?“ Wer solche Fragen stellt, meint es meist nicht böse. Aber dennoch: Sie sind rassistisch. Warum, das wollen weiße Menschen oft nicht hören. Alice Hasters erklärt es trotzdem. Eindringlich und geduldig beschreibt sie, wie Rassismus ihren Alltag als Schwarze Frau in Deutschland prägt. Dabei wird klar: Rassismus ist nicht nur ein Problem am rechten Rand der Gesellschaft. Und sich mit dem eigenen Rassismus zu konfrontieren, ist im ersten Moment schmerzhaft, aber der einzige Weg, ihn zu überwinden.

208 Seiten, 17 Euro, Hanserblau, ISBN: 978-3446264250, München 2019.



Herbert Renz-Polster

Erziehung prägt Gesinnung

Wie der weltweite Rechtsruck entstehen konnte – und wie wir ihn aufhalten können

„Wer den autoritären Populismus verstehen will, muss dorthin schauen, wo aus kleinen Menschen große Menschen werden – auf die Kindheit“, empfiehlt der Autor Herbert Renz-Polster.

Überall in der westlichen Welt macht sich der Rechtspopulismus breit. Die Gaulands, Le Pens und Wilders blasen zum Angriff auf den Kern der Demokratie. Wie konnte diese neue, fanatische Kälte nur entstehen?

Deutschlands bekanntester Kinderarzt und Familienexperte macht sich auf eine kluge Spurensuche. Er wird fündig in den Kinderzimmern. In jedem, der nach Abgrenzung, Härte und neuen Autoritäten schreit, entlarvt Renz-Polster ein verunsichertes, in seinem Drang nach menschlicher Anerkennung allein gelassenes Kind. Ein bestimmter autoritärer Erziehungsstil geht in allen Kulturen einher mit Anfälligkeit für populistische Botschaften.

Diese Buch will aufzeigen: Wer rechte Tendenzen verstehen und verhindern will, der muss eben doch auf die unglückliche Kindheit schauen. Hier liegt die gesellschaftliche Verantwortung, denn das Familienklima von heute wird das politische Klima von morgen sein und Erziehung ist keine Privatsache.

320 Seiten, 20 Euro, Kösel, München 2019, ISBN: 978-3-466-311163.



Bezirksregierung Münster

Antisemitismus an Schulen

Handreichung für Schulleitungen und Lehrkräfte

Antisemitische Vorfälle oder Ausgrenzungen gibt

es auch an Schulen im Münsterland und der Emscher-Lippe-Region. Dies ist eine für alle Schulleitungen und Lehrerkollegien, Eltern- und Schülerschaften unangenehme, aber leider zutreffende Tatsache. Wie reagiert die Schulgemeinde auf antisemitische Äußerungen? Wie stellen sich Lehrerinnen und Lehrer menschenverachtenden Beleidigungen – bis hin zum Mobbing jüdischer Schülerinnen und Schüler – entgegen? Gibt es eine klare Haltung dazu an ihrer Schule? Oder vielleicht sogar ein Handlungskonzept? Wissen Lehrkräfte, wie sie reagieren können, wenn in der Klasse die Stimmung „kippt“ und einige Schülerinnen und Schüler vermehrt ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ausgrenzen und sie mit antisemitischen Beschimpfungen attackieren? Wie können Schulleitungen oder Lehrkräfte einschreiten, wenn sich „Du Jude“ zum geläufigen Schimpfwort auf dem Schulhof entwickelt?

Die im Januar 2020 herausgegebene Broschüre bietet Handlungsempfehlungen, um antisemitischen Tendenzen an Schulen im Regierungsbezirk Münster entschieden zu begegnen. Sie gibt außerdem konkrete Hinweise an die Hand, wie mit antisemitischen Vorfällen und Ausgrenzungen jüdischer Menschen umzu-

gehen ist. Das beginnt mit der Akzeptanz der Tatsache, dass es Antisemitismus auch in der Region gibt und sehr ernst genommen werden muss. Ob es sich um die antisemitische und homophobe Beschimpfung eines Fünftklässlers oder Nazi-Schmierereien an Schulgebäuden handelt – es muss klar sein: An Schulen wird kein Antisemitismus, werden keinerlei Übergriffe und keine Verunglimpfungen Israels geduldet. Um dieser und auch jeder anderen Form von Hassrede und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konsequent entgegenzutreten, hat die Bezirksregierung Münster die Handreichung entwickelt.

Zum Herunterladen steht die Broschüre kostenfrei bereit unter www.bezreg-muenster.de/de/schule_und_bildung/.



Deutsche Bischofskonferenz

„Dem Populismus widerstehen“

Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen

Unter dem Titel „Dem Populismus widerstehen“ hat die Deutsche Bischofskonferenz im Juni 2019 eine Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen veröffentlicht. Das Dokument, das im Zusammenwirken der Migrationskommission und der Pastoralkommission der Deutschen Bischofskonferenz sowie der Deutschen Kommission Justitia et Pax als Expertentext entstanden ist, wurde von den drei zuständigen Kommissionsvorsitzenden, Erzbischof Dr. Stefan Heße, Bischof Dr. Franz-Josef Bode und Bischof Dr. Stephan Ackermann vorgestellt.

In einer Einführung zur Arbeitshilfe beschreiben die drei Bischöfe die gegenwärtigen rechtspopulistischen Tendenzen als Herausforderung für Kirche und Gesellschaft: „Der Populismus, der uns herausfordert, zeigt tagtäglich sein bedrohliches Gesicht, weil er zu Schwarz-Weiß-Malerei und neuer Kleingeistigkeit verführt.“ Mit Entschiedenheit weisen die Bischöfe jeglichen Versuch zurück, das Christentum für populistische Zwecke zu vereinnahmen: „Wir sind überzeugt, dass unser Glaube und unsere katholische Tradition als Weltkirche im Widerspruch stehen zu entscheidenden Merkmalen des Populismus. Wir denken an die (...) absolute Gleichheit aller Menschen als Geschöpfe Gottes. Wir denken an das fundamentale Gebot der Nächstenliebe, die gerade auch den erreicht, der uns vielleicht am fernsten steht, der aber in seiner Hilfsbedürftigkeit uns zum Nächsten wird.“

Nach Einschätzung der Bischöfe gehen populistische Bewegungen in aller Regel mit der Angst vor gesellschaftlichem Niedergang einher. Demgegenüber sei für die Kirche die Dimension der Hoffnung prägend: „Unser Glaube steht für das Vertrauen in einen Gott, der nicht Angst und Schrecken verbreitet, sondern Zuversicht: die Zuversicht, dass bei der Lösung der Probleme unserer Zeit keine ängstliche Verbissenheit um sich greifen muss.“ Aufgabe der Seelsorge sei es, auch auf jene Menschen zuzugehen, die mit populistischen Tendenzen sympathisieren: „Unser Auftrag besteht darin, mit allen ins Gespräch zu kommen – auch mit denen, die ganz anderer Auffassung sind.“

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Tendenzen orientiert sich an sechs thematischen Schwerpunkten: (1) Welches Volk? Annäherungen an Phänomene des Populismus, (2) Strategien und Inhalte rechtspopulistischer Bewegungen, (3) Flucht und Asyl, (4) Islam und Islamfeindlichkeit, (5) Familienbilder, Frauenbilder, Geschlechterverhältnisse sowie (6) Identität und Heimat.

Die Ausarbeitung der Arbeitshilfe leistete eine Gruppe von Expertinnen bzw. Experten unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin). Das Dokument gibt Anregungen für Diskussionen und Aktivitäten, vermittelt Hintergrundinformationen und Argumente und stellt beispielhafte kirchliche Initiativen sowie pastorale Anregungen vor.

Die Arbeitshilfe steht als PDF kostenfrei zum Herunterladen bereit unter www.dbk-shop.de/de/dem-populismus-widerstehen-arbeitshilfe-kirchlichen-umgang-rechtspopulistischen-tendenzen.html.



Thomas Niehr / Jana Reissen-Kosch

Volkes Stimme?

Zur Sprache des Rechtspopulismus

Die AfD wurde 2017 in den Deutschen Bundestag gewählt. In ganz Europa sind die Rechtspopulisten auf dem Vormarsch. Mit eingängigen Parolen, scheinbar einfachen Lösungen und Polemiken gegen Eliten, Linke und „Fremde“ gewinnen sie immer mehr Menschen für

ihre Sicht der Dinge. Thomas Niehr und Jana Reissen-Kosch nähern sich dem Phänomen von der sprachlichen Seite. Ihr Buch beschreibt und analysiert gängige Muster rechtspopulistischer Sprachgebrauchs. Es will für einen angemessenen Sprachgebrauch im politischen Diskurs sensibilisieren und zu Skepsis gegenüber einfachen Lösungen ermuntern, die angeblich dem Willen des Volkes entsprechen.

167 Seiten, 16 Euro, Duden, ISBN: 978-3411724055, Berlin 2018.

Alltagsrassismus

Eine Filmreihe über Alltagsrassismus bei Jugendlichen

In den dokumentarischen Filmen sprechen Jugendliche verschiedenen Alters und unterschiedlicher Herkunft offen über ihre persönlichen Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung und ihren Umgang damit. Wie reagieren sie, wenn eine Einzelperson oder eine Gruppe beleidigt wird? Wo mischen sie sich ein und wo nicht? Die Jugendlichen zeigen ihr Leben in einer multikulturellen Gesellschaft mit den Herausforderungen, die diese mit sich bringt. Die eigene Herkunft und die kulturelle Zugehörigkeit spielen dabei für sie in ihrem Alltag eine genauso wichtige Rolle wie kulturelle Unterschiede und Abgrenzungen. Mit wem sind sie befreundet – mit wem nicht? Was lernen sie von anderen Kulturen und wie wirkt sich kulturelle Vielfalt auf den Freundeskreis aus?

Bezeichnungen wie „Kartoffel“ oder „Kanake“ gehören für die Jugendlichen zu ihrer Sprache dazu, oft werden rassistische Äußerungen im Freundeskreis geduldet oder als Spaß gesehen. Doch wo hört der Spaß auf und wo fängt die Beleidigung an? Wann wird eine Beleidigung zur Diskriminierung oder gar zu Rassismus?

Der Kurzspielfilm „Su“ handelt von einer Gruppe von Jugendlichen mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund, die sich auf einer Party kulturellen Konflikten und Vorurteilen stellen und ihre Konflikte zwischen Anpassung und Abgrenzung lösen müssen. Themen sind soziale Zugehörigkeit und Ausgrenzung sowie kulturelle Vorurteile und Diskriminierung.

Auch eine Liebesbeziehung in der Gruppe droht an kulturellen Vorurteilen zu scheitern. Yusuf ist verliebt in Ilayda, hat aber Angst vor ihrem großen Bruder. Dabei ist Ilayda nicht so lieb, wie er denkt. Als der große Bruder schließlich auftaucht, müssen sich Ilayda und Yusuf ihren Vorurteilen stellen.

Das Ziel der Filmreihe ist es, Diskussionen zum Umgang miteinander anzuregen und einen offenen und persönlichen Austausch zu fördern sowie gegenseitige Akzeptanz und Respekt zu stärken.

Das Filmprojekt wurde durchgeführt vom Fachbereich Jugend & Freizeit Wuppertal, Kinder- und Jugendschutz, und dem Haus der Jugend Barmen (Close Up-Theater) mit dem Medienprojekt Wuppertal, gefördert durch das Landesprogramm NRWeltoffen.

Die Filmreihe ist als Bildungs- und Aufklärungsmittel auf DVD (32 Euro) und als Streaming (Ausleihe 12 Euro) plus Versandkosten (3 Euro) erhältlich.

Die in dieser Rubrik veröffentlichten Meinungen werden nicht unbedingt von der Redaktion und der Herausgeberin geteilt. Die Kommentare sollen zur Diskussion anregen. Über Zuschriften freut sich die Redaktion von **THEMA JUGEND**.



Verantwortung verpflichtet!

■ Mit dem Entwurf für ein neues Jugendmedienschutzgesetz will Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD umsetzen. Im bislang geltenden Jugendschutzgesetz ist noch von „bespielten Videokassetten“ die Rede, von „Automaten zur Abgabe bespielter Bildträger“ und „elektronischen Bildschirmgeräten auf öffentlichen Verkehrsflächen“. Nun ist das Zeitalter der Videokassetten vorbei, da kann man auch schon mal das Gesetz anpassen. Heute konsumieren schon Kleinkinder Medieninhalte von Tablets, drei von vier Zehnjährigen haben ein eigenes Smartphone. Nicht nur theoretisch, sondern in aller Regel auch praktisch haben sie Zugang zu allem, was das Netz bietet. Und über das Netz hat jede/r Zugang zu ihnen.

Der Regierung möchte nun also Kinder und Jugendliche vor diesen „massiven neuartigen Risiken“ besser schützen. Beispielhaft genannt werden Cybermobbing, sexuelle Gewalt, exzessives Spielen. Oder auch Anleitung zur Selbstgefährdung, gemeint sind Challenges, also riskante Mutproben, die gefilmt und im Netz veröffentlicht werden. Grooming – das Wort bezeichnet die Onlinekontaktaufnahme von Erwachsenen mit Missbrauchsabsichten zu Kindern – ist auch so ein Problem.

Höchste Zeit also, dass sich etwas tut. Das sehen auch viele Eltern so, die sich an einer repräsentativen Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerkes beteiligt haben. 97 Prozent finden, dass eine gute Alterskennzeichnung ein wichtiges Auswahlkriterium für den Gebrauch von Social Media-Diensten oder Spielen durch ihre Kinder ist. Es reicht ihnen nicht, wenn Kinder mit einem einfachen Klick bestätigen können, dass sie volljährig sind und auf diese Weise das System umgehen. Manche Anbieter tun aber so, als hielten sie das schon für einen ausreichenden Kinder- und Jugendschutz.

Auch das sehen viele befragte Eltern anders. Nur 27 Prozent halten die Bemühungen der Anbieter von Messenger-Diensten und Videoplattformen für ausreichend, bei Sozialen Medien wie Facebook oder Instagram sehen das sogar nur 18 Prozent so. (Wer selbst in diesen Medien unterwegs ist, wundert sich wahrscheinlich über diese Zahlen.)

Dass fast alle Befragten (93 Prozent) sich für härtere Strafen bei Verstößen gegen Kinder- und Jugendschutz aussprechen sowie eine verlässliche Altersfeststellung und darüber hinaus ein effizientes Melde- und Beschwerdesystem bei Verstößen, wundert hingegen weniger. Was braucht es also?

Möglichst bald einen aktuellen, stabilen und zeitgemäßen Rechtsrahmen. Dazu gehören auch effektive Aufsichtsbehörden, die über wirkungsvolle Sanktionsmechanismen verfügen. Dass beispielsweise Behörden auch jetzt schon in der modernen Cyberwelt durchgreifen und etwas bewirken können, zeigt das anfangs vielgeschmähte Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Seit Inkrafttreten

vor zwei Jahren wurden mehr als 1300 Bußgelder eingeleitet. Und mit ihrer Initiative „Verfolgen statt nur löschen“ hat die Landesanstalt für Medien in NRW erreicht, dass die Kooperation von Medienanbietern, Aufsichtsbehörde und Staatsanwaltschaft dazu führt, eine Rechtsdurchsetzung im Internet zu erleichtern. Die Initiative setzt ein deutliches Zeichen gegen Recht- und Rücksichtslosigkeit im Netz und ist so wirksam, dass andere Bundesländer sie ebenfalls aufgreifen.

Wenn statt staatlicher Aufsicht sich die Anbieter von Medieninhalten und Mediendiensten auf Mechanismen einer freiwilligen Selbstkontrolle verpflichten, scheint das bequem für den Staat zu sein. Aber ob das effektiv ist? Freiwillige Selbstkontrolle entbindet den Staat keinesfalls von der Pflicht, die Wirksamkeit eines effektiven Jugendschutzes auch in diesem Falle zu prüfen und ggf. mit empfindlichen Sanktionen zu reagieren.

Es braucht zweitens, und trotz alledem, mehr Förderung von Medienkompetenz – und zwar bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen! Und damit sind Eltern gemeint, aber auch Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Jugendleiterinnen und Jugendleiter. Aufklärung muss über viele Kanäle und Produkte erfolgen. Anders gesagt: (Nur) einen Flyer zu drucken, reicht schon lange nicht mehr.

Kinder und Jugendliche müssen zudem im Umgang mit Sozialen Medien und Spielen trainiert werden. Und sie müssen lernen, den eigenen Konsum von Medieninhalten zu regulieren, die eigene Nutzung zu reflektieren. Manche Eltern sind darin selbst nicht sehr gut, manche Lehrkräfte haben in ihrer Ausbildung ganz andere Inhalte und Kompetenzen vermittelt bekommen. Für sie alle braucht es Angebote. Viel Information und Überzeugungsarbeit ist zu leisten.

Das sehen auch viele Eltern selbst so. Vier Fünftel bewerten Unterstützungsangebote für die Begleitung ihrer Kinder positiv. Wobei technische Maßnahmen wie funktionierende Jugendschutzstellungen oder eine verständliche einheitliche Alterskennzeichnung als noch hilfreicher bewertet werden als Angebote, die aktives Mittun und Eigeninitiative der Eltern erfordern. Darin mag sich Bequemlichkeit oder aber fehlende Kompetenz spiegeln.

Der Staat sollte nicht nur die Games-Branche fördern, weil sie sich zu einem großen Wirtschaftsfaktor entwickelt hat, sondern auch Institutionen, Einrichtungen und Verbände unterstützen, die oft mit viel Kleinarbeit und Mühe und großer Kreativität die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen stärken. ■

Markus Lahrmann, stellvertretender Vorsitzender der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V., Journalist und PR-Dozent, ist Chefredakteur der Zeitschrift caritas in NRW.



Fachstelle LAG Jungenarbeit NRW

Fokus: Fluchtspezifische Sexualpädagogik

Neues Magazin „Junge*Junge“ erstmals erschienen

„Junge*Junge“ heißt die neue Magazinreihe der LAG Jungenarbeit NRW, deren Erstausgabe sich einem Thema widmet, das grundlegend für pädagogische Arbeit mit Jungen* ist: Sexualität. Auf 48 Seiten geht es um die Bereiche „Sexualpädagogik und Flucht“, „Intersektionalität“, „Methoden“, „Konzept und Angebot“ und „Praxis“.

Das Magazin steht auf der Internetseite der LAG Jungenarbeit NRW bereit und ist als gedrucktes Exemplar kostenfrei erhältlich. Ergänzend dazu gibt es „online only“ zwei weitere Texte zu den Themen „Empfehlungen aus der Mädchenarbeit“ und „LSBTIQ und Flucht“.

Im Magazin „Junge*Junge“ wird die LAG Jungenarbeit in Zukunft regelmäßig gemeinsam mit Expert*innen verschiedene Schwerpunktthemen und Aspekte von Jungenarbeit beleuchten.

Zum Herunterladen steht das Magazin kostenfrei zur Verfügung unter lagjungenarbeit.de/files; kostenlose Bestellungen sind möglich per E-Mail an info@lagjungenarbeit.de.

Zum Herunterladen steht das Magazin kostenfrei zur Verfügung unter lagjungenarbeit.de/files; kostenlose Bestellungen sind möglich per E-Mail an info@lagjungenarbeit.de.

Bundeszentrale für politische Bildung / Bündnis für Demokratie und Toleranz

Leben in Deutschland – spielend integrieren

Gesellschaftsspiel in 2. Auflage



Neuankömmlingen das Leben in Deutschland näherzubringen, ist das Ziel des von Gabriella Hünnekens entwickelten Gesellschaftsspiels „Leben in Deutschland – spielend integrieren“, das in zweiter Auflage von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Bündnis für Demokratie und Toleranz Berlin herausgegeben wird.

Das Integrationsspiel kann zum gegenseitigen kulturellen Verständnis beitragen, durch Gespräche während des Spiels den interkulturellen und interreligiösen Dialog vertiefen und ganz besonders Toleranz und Respekt fördern.

Mit einer Spielfigur wird durch Deutschland „gereist“, wobei Grundkenntnisse über Deutschland durch insgesamt 300 Frage- und Antwortkarten zu unterschiedlichsten Themen vermittelt werden, die den Spielenden helfen, sich im deutschen Alltag besser zurechtzufinden: Demokratie, Geografie, Kunst, Kultur, Umgangsformen, Rechte und Pflichten, Mietangelegenheiten,

Hilfestellungen im Alltag, Vorbereitung auf den Einbürgerungstest etc. Mit einem Prototypen des Spiels im Gepäck erhielt Gabriella Hünnekens immer mehr Anregungen für ihr Spiel, sodass nun mehr als die Hälfte der 300 Fragen auf Anregungen der Geflüchteten selbst zurückgehen.

Insgesamt ergänzt das Spiel „Leben in Deutschland – spielend integrieren“ die Arbeit mit Eltern-Kind-Gruppen, mit Geflüchtetenfamilien, Geflüchteten in Wohnheimen, mit Gastfamilien, die unbegleitete minderjährige Geflüchtete aufgenommen haben, Kinder- und Jugendgruppen, Sprachgrundkursen der VHS, Schulen, Berufsschulen und Fortbildungskursen.

Mit dem Spiel möchten die Initiatorinnen und Initiatoren erreichen, dass sich Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern mit Menschen ihrer neuen Heimat gemeinsam zum Spiel an einen Tisch setzen, um Hilfestellungen für das Leben in Deutschland zu erlernen. Es soll zur Zusammenarbeit der Kulturen beitragen und zum Miteinander in der Gesellschaft führen.

Das Integrationsspiel gibt es zunächst auf Deutsch/Arabisch, weitere Sprachen sind geplant.

Weitere Informationen zum Spiel finden sich unter www.lid-integration.de/; bestellt werden kann das Spiel für 39,90 Euro (zzgl. Versandkosten) über kontakt@lid-integration.de.

Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz / Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.

Jugendmedienschutz in Leichter Sprache

Das Dossier „Jugendmedienschutz in Leichter Sprache“ wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz in Zusammenarbeit mit der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. herausgegeben. Im Fokus des Ratgebers stehen die Regelungen des Jugendmedienschutzes in Deutschland. Diese werden in Leichter Sprache erläutert und visualisiert und richten sich an Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe, Lehrerinnen und Lehrer an Förderschulen sowie all diejenigen, die mit lernbeeinträchtigten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten. Darüber hinaus bietet der Ratgeber Eltern eine Möglichkeit, zum Thema „Medien“ in Dialog zu treten.

Der Textteil bietet einen guten Einstieg in das Thema „Jugendmedienschutz“. Das Plakat im Innenteil des Dossiers erläutert die gesetzlichen Regelungen mit Blick auf Altersfreigaben im Kino, beim Fernsehen und bei Computerspielen. Soziale Netzwerke werden ebenso berücksichtigt wie die Frage, was eine Jugendgefährdung ist.

Das Dossier steht zum kostenfreien Herunterladen als PDF zur Verfügung unter www.bag-jugendschutz.de/publikationen_dossiers.html#pub26; bestellt werden kann es über info@bag-jugendschutz.de.

Amadeu Antonio Stiftung

Gegen Hasskommunikation online

Projekt de:hate



Seit ihrer Gründung 1998 ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wendet. Die Amadeu Antonio Stiftung hat in Deutschland bereits mehr als 1000 lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteiger*innen aus der Naziszene unterstützt. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine finanzielle Unterstützung hinaus zu ermutigen, Öffentlichkeit für ihre Situation zu schaffen und sie zu vernetzen.

Informieren, nachprüfen und durchblicken

Das Projekt de:hate der Amadeu Antonio Stiftung betreibt qualitatives und quantitatives Monitoring – also die systematische und fortlaufende Erfassung – von rechtsextremistischen und -populistischen Phänomenen online. Hierzu ordnet und dekodiert das Projekt unterschwellige Strategien, Erzählungen und Bildsprache der Rechten im Netz. Aus diesen Erkenntnissen entwickelt de:hate Handlungsempfehlungen für die digitale Zivilgesellschaft, Politik und Plattformbetreibende. Außerdem veröffentlicht das Projekt einen jährlichen Monitoringbericht, der die aktuellen Entwicklungen aufarbeitet.

Darum braucht es de:hate

In den sozialen Netzwerken dominiert unter Rechtsextremen derzeit die Erzählung eines drohenden Untergangs Deutschlands, der für viele nur mit einem Bürgerkrieg abzuwenden ist. Gleichzeitig soll die gesellschaftliche Mitte durch eine emotionale Themenansprache für Geschichten, Phrasen und Begriffe gewonnen werden, die eine Menschenfeindlichkeit und Abwertung in sich tragen und dann als „normalisiert“ und „sagbar“ erscheinen.

Verständnis ist immer der erste Schritt für einen Lösungsansatz. Da der digitale Raum das wichtigste Propagandamedium für Rechtsextremist*innen und Rechtspopulist*innen darstellt, ist eine Beobachtung aktueller Entwicklungen, Trends und Phänomene unabdingbar. Da menschenverachtende Erscheinungsformen stetig im Wandel sind, bedarf es einer Instanz, die diese Phänomene kontinuierlich beobachtet, frühzeitig identifiziert und analysiert.

Im Projekt de:hate werden menschenverachtende Phänomene auf Grundlage des Monitorings analysiert. Zusätzlich werden relevante Forschungsergebnisse aufbereitet, um zu einem tieferen Verständnis der Problemfelder beizutragen. Dies ermöglicht die Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten und Lösungsansätzen. Die entstehende Expertise wird in Form von Publikationen, Vorträgen, Interviews und der Beratung von sozialen Netzwerken bereitgestellt.

Monitoring, Analyse und Glossar

Im Projekt de:hate erfolgt eine Erfassung und Auswertung rechtsextremer und -populistischer Phänomene online. Zum Nachschlagen von Begriffen der Netzkultur und digitaler Hassphänomene ist ein Glossar erstellt worden, in dem lebensraumbezogene Begriffe der Netzkultur und digitale Hassphänomene aufgelistet und erläutert werden.

Expertise für Politik, Plattformen und die digitalen Zivilgesellschaft

In Workshops und Vorträgen liefern Mitarbeitende der Amadeu Antonio Stiftung und des Projekts de:hate Handlungsempfehlungen und Informationen zum Umgang mit Hate Speech, Desinformationskampagnen und allen Fragen rund um Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Netz. Das Fortbildungsangebot umfasst Vorträge, Workshops und Moderationen u. a. zu folgenden Themen:

- Wie nutzen Rechtsextreme und Rechtspopulist*innen soziale Medien wie Facebook, YouTube etc.?
- Was sind die wichtigsten rechtsextremen und -populistischen Akteure, Strategien und Phänomene im Netz?
- Wie funktionieren rechtsextreme oder rechtspopulistische Desinformationskampagnen im Netz?
- YouTube als Radikalisierungsplattform für Heranwachsende?
- Propaganda, Vernetzung und Radikalisierung in privaten Messenger wie WhatsApp und Telegram
- Alternative Wirklichkeiten auf Facebook-Gruppen als Filterblasen für Desinformationen
- Rechtsterrorismus: Von der Grenze des Sagbaren zur Grenze des Machbaren – Rechter Terror online
- Alternative soziale Medien als Rückzugsort für rechten Terror

Podcast: Aufklärung über menschenfeindliche Ideologien

Rechte Ideologien haben viele Gesichter und Erscheinungsformen – mal aggressiv mit offener Hetze, mal subtil mit verschleiender Rhetorik. Immer wieder ist zu hören, dass es wichtig sei, dem etwas entgegenzusetzen, um den Rechtsextremen keine Chance zu geben, keinen Fußbreit zu überlassen. Aber wie?

Die beiden Reporter*innen Matthias Goedeking und Viola Schmidt begeben sich auf die Suche nach der passenden Antwort: Im Projekt de:hate ist ein Podcast entstanden, der in mehreren Folgen über unterschiedliche rechte Ideologien aufklärt. Neben notwendigem Hintergrundwissen und Analysen geht es auch darum, dieses Wissen einzusetzen, um extrem rechten Ideologien im Alltag – online wie offline – etwas entgegenzusetzen.

Beratung zum Umgang mit menschenfeindlichen Inhalten online

Die Amadeu Antonio Stiftung ist mit de:hate ein Partner von Plattformbetreibenden, sie führt Beratungsgespräche zum Umgang mit Hate Speech, Desinformationen und bei der Aktualisierung von Community Standards.

Weitere Informationen zum Projekt unter www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/dehate/; Kontakt über E-Mail: de.hate@amadeu-antonio-stiftung.de.



Personelle Veränderung

Seit März 2020 übernimmt Gundis Jansen-Garz die Elternzeitvertretung für Dr. Lea Kohlmeyer im Bereich Publikationen und die Redaktion der **THEMA JUGEND** bei der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Gundis Jansen-Garz war in den vergangenen Jahren als freiberufliche

Redakteurin hauptsächlich für entwicklungspolitische Medien tätig. Davor hat sie als Bildungsreferentin im Fairen Handel und bei der Jungen Gemeinschaft Münster gearbeitet.

Erreichbar ist Gundis Jansen-Garz in der Geschäftsstelle der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. unter der Telefonnummer 0251 54027 oder per E-Mail: gundis.jansen-garz@thema-jugend.de.

Rechtsextreme erreichen Jugendliche zunehmend über Social-Media

Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums verlagern rechtsextreme Gruppen ihre Aktivitäten zunehmend auf Social-Media-Kanäle und richten sich damit gezielt an Jugendliche. Es sei erschreckend, wie leicht sie von Rechtsextremisten kontaktiert und geködert werden könnten, sagte Bundesjugendministerin Franziska Giffey (SPD) bei der Vorstellung des Lageberichts "Rechtsextremismus im Netz 2018/19". Der Report wird von jugendschutz.net, dem Kompetenzzentrum von Bund und Ländern



für den Jugendschutz im Internet, erarbeitet und herausgegeben. Giffey bezeichnete den Lagebericht als Alarmzeichen. Weil Kinder und Jugendliche selbstverständlich im Netz unterwegs seien, hätten Rechtsradikale nahezu ungehinderten Zugang zu den Kinderzimmern, sagte sie. Mit ihren Angeboten knüpften rechtsradikale Gruppen an die Lebenswelt junger Menschen an, etwa durch Musik. Mit der für dieses Jahr geplanten Reform des Jugendschutzgesetzes strebe sie eine effektivere Rechtsdurchsetzung an, auch gegenüber Anbietern mit Sitz im Ausland, erklärte die Ministerin. Der Großteil der rechtsextremen Propaganda wurde auf Plattformen wie Youtube, Facebook, Twitter und Instagram gesichtet. Der Lagebericht dokumentiert, dass Dienste wie YouTube oder Facebook genutzt werden, um eine möglichst große Reichweite zu erzielen und die eigene Propaganda breit auszurollen. Die Angebote auf Plattformen wie u. a. Instagram dienen dezidiert dazu, junge Menschen zielgruppen-genau in ihren Lebenswelten anzusprechen. 2.248 Maßnahmen seien eingeleitet worden; in über 80 Prozent der Fälle sei eine Löschung oder Sperrung erreicht worden.

Quelle: BMFSFJ; KNA; epd



Elternwissen Nr. 19 (2013 / 2. Auflage 2020)

Cybermobbing

Eine komplett überarbeitete und erweiterte Neuauflage zum Thema „Cybermobbing“ in der Reihe Elternwissen ist im Februar erschienen.

Kinder und Jugendliche sind beinahe täglich online. Sie nutzen im Internet – über PC, Tablet oder Smartphone –, Instant Messaging-Dienste, Videoportale und insbesondere Soziale Medien für die Kommunikation mit Gleichaltrigen

und zur Selbstdarstellung. Die digitale Welt bietet Heranwachsenden eine wichtige Plattform zur Vernetzung, zur Ausgestaltung kreativer Ideen und zur Identitätsentwicklung. Dass online hinterlegte Daten wie Fotos, Videos und persönliche Informationen nicht vor Missbrauch durch andere geschützt sind, ist jungen Menschen dabei oft nicht bewusst.

Cybermobbing als absichtliche und wiederholte Beleidigung, Herabwürdigung, Ausgrenzung oder Diffamierung mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel kann von medienkompetenten Attackierenden weitgehend anonym durchgeführt werden. Die Reichweite der Angriffe ist viel größer als bei Mobbing im realen Raum: Durch immer neue Technologien entwickeln sich die Möglichkeiten für Cybermobbing schnell weiter, die Gruppe von Zuschauern ist unüberschaubar groß. Eine Bloßstellung in der medialen Öffentlichkeit ist für Betroffene quälend und verletzend.

Die aktualisierte Broschüre informiert Eltern und Bezugspersonen über das Phänomen Cybermobbing, erklärt die Mechanismen von Gewalt im digitalen Raum und bietet Möglichkeiten, wie Kinder und Jugendliche sich möglichst geschützt im Internet bewegen können, wie sie Risiken digitaler Mediennutzung einzuschätzen lernen und deren Chancen positiv wahrnehmen können. Sie zeigt Handlungsmöglichkeiten für Eltern auf, deren Kinder bereits Erfahrungen mit Cybermobbingattacken gemacht haben, und verweist auf weitergehende Informationen und Hilfsangebote.

Ein Ansichtsexemplar ist kostenfrei erhältlich, weitere Staffelpreise sind einsehbar unter www.thema-jugend.de/publikationen/elternwissen, Bestellungen per E-Mail an info@thema-jugend.de. Zum kostenfreien Herunterladen steht die Broschüre als PDF zur Verfügung unter <http://www.thema-jugend.de/publikationen/elternwissen/>.



Tupoka Ogette

exit RACISM

rassismuskritisch denken lernen
5., korr. Auflage

Obwohl Rassismus in allen Bereichen der deutschen Gesellschaft wirkt, ist es nicht leicht, über ihn zu sprechen. Keiner möchte rassistisch sein, und viele Menschen scheuen sich vor dem Begriff. Das Buch begleitet die Leser*innen bei ihrer mitunter ersten Auseinandersetzung mit Rassismus

und tut dies ohne erhobenen Zeigefinger. Vielmehr werden die Leser*innen auf eine rassismuskritische Reise mitgenommen, in deren Verlauf sie nicht nur konkretes Wissen über die Geschichte des Rassismus und dessen Wirkungsweisen erhalten, sondern auch Unterstützung in der emotionalen Auseinandersetzung mit dem Thema.

Übungen und Lesetipps eröffnen an vielen Stellen die Möglichkeit, sich eingehender mit einem bestimmten Themenbereich zu befassen. Über QR-Codes gelangt man zu weiterführenden Artikeln, Videos und Bildern. Ergänzend dazu finden sich in fast jedem Kapitel Auszüge aus sogenannten Rassismus-Logbüchern – anonymisierte Tagebücher, die ehemalige Student*innen von Tupoka Ogette in ihrer eigenen Auseinandersetzung mit Rassismus geführt haben und in denen sie über ihre Emotionen und Gedankenprozesse berichten. Auch Handlungsoptionen kommen nicht zu kurz. Ziel des Buches ist es, gemeinsam mit den Leser*innen eine rassismuskritische Perspektive zu erarbeiten, die diese im Alltag wirklich leben können.

136Seiten, 12,80 Euro, ISBN 978-3-89771-230-0, Ausstattung: softcover, Unrast Verlag



Patricia Cammarata

Dreißig Minuten, dann ist aber Schluss!

Mit Kindern tiefenentspannt durch den Medienschwung

Kinder in ihrer Entwicklung zu digital mündigen und verantwortungsvollen Mediennutzerinnen und -nutzern zu unterstützen, ist eine zentrale Erziehungsaufgabe. Das Sachbuch von Patricia Cammarata soll hier Orientierung geben.

Die Berliner Autorin ist als Psychologin im Bereich Digitalisierung tätig und Mutter mehrerer Kinder. Sie bezeichnet sich als „Power-Userin“ digitaler Medien und ist unter dem Pseudonym „dasnuf“ eine der bekanntesten deutschen Bloggerinnen. Ihr erstes, 2015 erschienenes Buch trägt den Titel „Sehr gerne, Mama, du Arschbombe. Tiefenentspannt durch die Kinderjahre“ und basiert auf ihren Blogbeiträgen zur Kindererziehung. In ihrem zweiten Buch steht nun eines ihrer Herzenthemen im Mittelpunkt. „Wer Kindern keine Medienkompetenz vermittelt, der raubt ihnen letztlich die Zukunft“, formuliert sie deutlich. Die Premierenlesung ihres neuen Buchs fand – bedingt durch die

Corona-Krise – passenderweise auch im virtuellen Raum statt, auf dem Live-Videoportal twitch.

Der Inhalt ihres Buchs ist in insgesamt zwölf Kapitel unterschiedlicher Länge gegliedert, wobei eine der zentralen Fragen direkt als Überschrift des ersten Kapitels dient: „Wie macht ein Digital Immigrant einen Digital Native medienfit?“ Antworten gibt es in diesem Ratgeber mehrere, insbesondere in kompakten Informationen zu den folgenden Themen: Youtube, Whatsapp, (Cyber-) Mobbing, visuelle soziale Plattformen (Instagram, Tik Tok, Snapchat etc.), Computerspiele, Sucht, soziale Netzwerke, Pornographie, Hörspiele und Podcasts, Augmented und Virtual Reality. Eingeführt werden die Kapitel mit einem Überblick über die jeweils zentralen Punkte, augenzwinkernd überschrieben mit „tl; dr“ (too long; didn't read) und trotz dieser Überschrift durchaus lesenswert. Die einzelnen inhaltlichen Abschnitte sind sehr fundiert, gut recherchiert und kompakt dargestellt. Eine ordentliche Prise Humor wird in den Tortendiagrammen fiktiver Umfragen vermittelt. In einem von ihnen wird beispielsweise verdeutlicht, dass man vermutlich nur in zwei Fällen Kinder konsequent von Smartphones fernhalten kann: Wenn man kein Smartphone hat oder wenn man keine Kinder hat. Eltern empfiehlt Cammarata vor allem – passend zur oben zitierten Frage – Prozessbegleiter/-innen zu sein, die mit ihren Kindern gemeinsam lernen, ihnen aber auch einzelne, klare Handlungsstrategien an die Hand geben können. Immer wieder nutzt sie konkrete Beispiele aus ihrem eigenen Lebensalltag. Von Überwachungsapps und künstlich gefilterten Welten hält sie nicht viel. Stattdessen sind ihre Ausführungen von einem kulturoptimistischen Blick geprägt. Dieser wird auch bewusst am Ende eines jeden Kapitels eingegeben. Ein Glossar sowie viele Empfehlungen für Links, Apps oder auch Youtube-Kanäle helfen Leserinnen und Lesern zusätzlich, den Blick auf diese Themen zu weiten. „Und Mama, weißt du jetzt, wie lang wir fernsehen dürfen?“, hat mein 7-jähriger Sohn mich gefragt, nachdem ich das Buch gelesen hatte. Die Antwort hat ihm gefallen. Mir auch.

Kurzum: Wer ein informatives, fundiertes und gut lesbares Werk in der Hand haben möchte, in dem ein kritisch-entspannter Umgang mit dem Thema Medienerziehung im Vordergrund steht, ist mit diesem Buch gut beraten.

Gesa Bertels

317 Seiten, 16 Euro, ISBN: 978-3-8479-0049-8, Köln 2020.

Antidiskriminierungsstelle: Zur Bedrohung durch das Virus kommen Hass und Ausgrenzung

Die Zahl der Diskriminierungsfälle im Zusammenhang mit COVID-19 steigt. Darauf weist die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hin und veröffentlicht ein aktuelles Hintergrundpapier mit Informationen über rechtliche Möglichkeiten, gegen Diskriminierung vorzugehen. In mehr als der Hälfte der Fälle geht es um Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft, in weiteren Fällen um Diskriminierungen wegen einer Behinderung, wegen des Alters oder auch der Geschlechtsidentität.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat seit Beginn der Pandemie mehr als 100 Anfragen zu Diskriminierungen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus erhalten. Dabei ging es in

mehr als der Hälfte der Fälle um Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft, in weiteren Fällen um Diskriminierungen wegen einer Behinderung, wegen des Alters oder auch der Geschlechtsidentität. Das Hintergrundpapier „Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise“ informiert über die Fälle und über rechtliche Möglichkeiten, gegen Diskriminierung vorzugehen.

Diskriminierungen wegen Ethnie, Alter oder Behinderungen

„Die Fälle reichen von unverhohlenem rassistischem Verhalten in der Öffentlichkeit bis hin zu körperlichen Übergriffen“, erläuterte der kommissarische Leiter der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Bernhard Franke, am 06. Mai 2020 in Berlin. Die Behörde erhalte außerdem Berichte von Hassbotschaften am Arbeitsplatz oder über „Racial Profiling“ von Menschen mit asiatischem Aussehen. Andere wendeten sich an die Beratungsstelle, weil beispielsweise Schutzmaßnahmen wie die Maskenpflicht zum Teil ohne Rücksicht auf benachteiligte Gruppen wie etwa Menschen mit Behinderung ergriffen wurden. Menschen mit Gehhilfe wiederum scheiterten an Auflagen in Supermärkten, wenn dort ein Einkaufswagen vorgeschrieben sei.

Corona-Krise macht Probleme sichtbar und kann sie verstärken

„Die Corona-Krise legt bereits vorhandene Probleme im Bereich der Diskriminierung bloß und kann sie verstärken“, sagte Franke. „Die Bedrohung durch das Virus macht nicht alle gleich – manche Gruppen haben nun noch mehr mit Ausgrenzung, Hass und Benachteiligung zu kämpfen. Dagegen müssen wir entschlossen vorgehen. Wir raten allen Betroffenen, sich Unterstützung zu suchen und solche Erfahrungen nicht hinzunehmen. Diskriminierung ist nie gerechtfertigt, auch nicht in Krisensituationen“, sagte Franke.

Hintergrund

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) ist mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im August 2006 gegründet worden. Ziel des Gesetzes ist es, Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

Das Papier „Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise“ (PDF, 189 KB) steht als Download zur Verfügung.

Quelle: Antidiskriminierungsstelle des Bundes vom 06.05.2020



THEMA JUGEND

Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung
erscheint vierteljährlich

Herausgeberin:

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.
V.i.S.d.P.: Dr. Lea Kohlmeyer
Schillerstraße 44a, 48155 Münster
Telefon 0251 54027
Telefax 0251 518609
E-Mail: info@thema-jugend.de
www.thema-jugend.de

Redaktion:

Dr. Lea Kohlmeyer, Gundis Jansen-Garz

Bildrechte:

Titel: pixabay
S. 2, 12, 22: Kath. LAG
S. 11: Weimarer Erklärung
S. 14: nile auf Pixabay
S. 17: Gundis Jansen-Garz
S. 18: Brüss: CC-BY 4.0 "school is open" 4.0, Mohr: privat
S. 24: de:hate
S. 25: Privat
S. 26: Privat
S. 27: Initiative gegen Antisemitismus Münster

Redaktionsbeirat:

Gesa Bertels, Soziologin, Dipl.-Sozialpädagogin, wiss. Mitarbeiterin an der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster
Dr. Eva Bolay, Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin, Münster
Prof. in Dr. Marianne Genenger-Stricker, Kath. Hochschule NRW, Abteilung Aachen
Wilhelm Heidemann, Fachlehrer i. R., Ombudsmann in der Jugendhilfe, Wesel
Gerd Terbrack, Jugendamt Warendorf

Herstellung:

Druckerei Joh. Burlage GmbH & Co KG
Kiesekampweg 2, 48157 Münster
Telefon 0251 986218-0

Bezugspreis:

Einzelpreis 2,- Euro
Der Bezugspreis für Mitglieder und Mitgliedsverbände der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Zitierhinweis:

Nachname, Vorname (Jahr): Titel des Beitrags.
In: **THEMA JUGEND**. Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung.
Ausgabe 1/2020. Seitenangabe.

ISSN 0935-8935



THEMA JUGEND wird auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.

NÄCHSTES GEPLANTES THEMA:

2/2020 Mobilität

■ ■ ■ ■ ■ NACHRICHTEN

Für Demokratie, gegen Extremismus: Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey macht die weiter steigende Bedeutung des Engagements für Demokratie und Vielfalt und gegen Extremismus deutlich: „Die Demokratie, in der wir leben, ist nicht für immer und ewig garantiert. Wir müssen uns aktiv um sie kümmern und vor allem denen den Rücken stärken, die sich für eine offene, vielfältige Gesellschaft und ein friedliches Miteinander einsetzen. Mit unserem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ tun wir das jetzt und in Zukunft. Im letzten Jahr haben wir das Programm entfristet und damit auf Dauer gestellt. Für die nächste Förderperiode ab 2020 haben wir mehr als 800 Bewerbungen erhalten. Das zeigt, wie groß das Engagement im Land ist und dass die Unterstützung durch den Bund nachgefragt wird und dringend notwendig ist. Wir fördern Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, um denjenigen, die unsere Demokratie bedrohen, breit etwas entgegenzusetzen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und der Kampf gegen Rechtsextremismus entscheidet sich aber vor allem vor Ort, da, wo Nachbarn und Dorfgemeinschaften zusammenkommen.“

Im Bundesprogramm, das auch in diesem Jahr wieder mit 115,5 Millionen Euro gefördert wird, ist der Kampf gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus einer der Schwerpunkte. Das Programm ist zu Jahresbeginn in die zweite Förderperiode von 2020 bis 2024 gestartet. Erstmals wurde auf Bundesebene ein leistungsstarkes Kompetenznetzwerk zum Thema „Antisemitismus“ gegründet. Den Startschuss für die Arbeit der Kompetenznetzwerke und -zentren gab Ministerin Giffey am 23. Januar 2020 mit der offiziellen Übergabe der Förderurkunden. Dazu waren Vertreterinnen und Vertreter aller Kompetenznetzwerke und -zentren ins Bundesfamilienministerium in Berlin gekommen.

Die Kompetenznetzwerke und -zentren sind neu im Programm und werden erstmals mit ca. 16,9 Millionen Euro im Jahr gefördert.

Demokratie
leben!

– BMFSFJ –

Forderung nach besserer Ausstattung von Familienbildung

Der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) und das Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) haben ein umfangreiches Positionspapier mit dem Titel „Familien begleiten – von Anfang an!“ zu Chancen, Wirkungsweisen und Herausforderung der Familienbildung veröffentlicht und fordern deren flächendeckenden Ausbau. Gute Familienbildung brauche entsprechende Rahmenbedingun-

gen: verbindliche Finanzierung, zeitgemäße Förderstrukturen und gute Arbeitsbedingungen für ihre Fachkräfte.

Kinder in dieser komplexen und globalisierten Welt zu erziehen und sie auf ihrem Weg hin zum Erwachsensein zu begleiten, ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung zugleich. Tagtäglich erbringen Eltern und Familien durch die Bewältigung umfassender Erziehungs-, Bildungs-, Sozialisations- und Fürsorgeaufgaben vielfältige Leistungen, die für den Zusammenhalt und die Zukunft unserer Gesellschaft grundlegend sind. Unabhängig von Bildungsstand oder sozioökonomischem Status haben Familien in unterschiedlichen Phasen ihres Familienlebens Fragen, das Bedürfnis nach Begegnung und Austausch mit anderen, aber auch nach konkreter Begleitung und Beratung.

Hierzu erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler: „Für uns sind Erziehung und Bildung auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgaben.“

Christiane Reckmann, Vorsitzende des ZFF, fährt fort: „Ein gutes Familienleben bietet Kindern, Jugendlichen und Eltern Halt und sorgt für ein gesellschaftliches Miteinander. Gleichzeitig stehen Familien heute vielfach vor der Herausforderung, Veränderungen in Gesellschaft, Arbeitswelt und Geschlechterverhältnissen zu leben. Deswegen brauchen Familien neben geeigneten ökonomischen Rahmenbedingungen auch die unterstützende, stärkende Aufmerksamkeit in ihren nähräumlichen Lebenswelten. Die Familienbildung kann einen Beitrag dazu leisten. Sie muss Familien zuverlässig vor Ort zur Verfügung stehen!“

– Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V.
und Zukunftsforum Familie e.V. –

„Kinderrechte schaffen Zukunft“ – Weltkindertag am 20.09.2020

Für den diesjährigen Weltkindertag am 20. September haben UNICEF Deutschland und das Deutsche Kinderhilfswerk das Motto „Kinderrechte schaffen Zukunft“ ausgewählt. Damit machen die Organisationen darauf aufmerksam, dass die Verwirklichung der Kinderrechte einen entscheidenden Beitrag für nachhaltige Entwicklung darstellt. Das Wohlergehen von Kindern – sowohl in Deutschland als auch weltweit – muss zum Maßstab einer zukunftsorientierten Politik werden. Unterstrichen wird mit dem diesjährigen Motto erneut die Forderung, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Denn starke Kinderrechte machen das Land nicht nur kindgerechter, sondern auch zukunftsfähiger. Zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen zum Weltkindertag, die in ganz Deutschland stattfinden werden, sollen die Situation der Kinder in den Mittelpunkt rücken.

– Deutsches Kinderhilfswerk –

Die nächste Ausgabe von
THEMA JUGEND
erscheint im Juli 2020
zu „Mobilität“